

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pro Nummer 3 Pf. monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustriertem Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Subskriptionen: 1.10 Mark pro Monat. Eintragung in die Post-Verzeichnisse unter Streifenband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.00 Mark für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Subskriptionen nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inzertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgealtene Kolonnenzeile oder deren Raum 10 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Beraternotizen 20 Pf., für „Kleine Anzeigen“, das heißt für die ersten 20 Zeilen (einschließlich des Kopfes) jedes weitere Wort 10 Pf., für Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Sonnabend, den 5. Februar 1916. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Oesterreichische Kreuzer beschießen Italiens Ostküste.

Nachträgliches zum französischen Parteitag.

Es ist uns von einigen Genossen von der Rechten sehr verübelt worden, daß wir die Bedeutung des französischen Parteitages, dessen Manifest in der bekannten Weise ausgeschrieben worden ist, nicht sehr hoch veranschlagt und die ganze Veranstaltung nicht als Kongreß, sondern als Parteikonferenz bezeichnet haben. Andererseits ist die „Humanité“ höchst unzufrieden mit uns, daß wir die Größe des Sieges der französischen Parteimehrheit über die Opposition angezweifelt haben. Den einen wie den anderen diene als Antwort der Bericht über die Einberufung und die Zusammenfassung des französischen Parteitages, den der in der französischen Arbeiterbewegung seit Jahren tätige russische Parteigenosse N. Losowski in dem Pariser „Rasche Slovo“ veröffentlicht.

„Es unterliegt keinem Zweifel, — schreibt er — daß die Sozialpatrioten über die Opposition der Longuet-Pressemane wie über die Zimmerwälder einen Sieg davongetragen haben. Es wäre aber ein großer Irrtum, den Umfang dieses Sieges unter der Hypnose der Zahlen zu übertreiben.“

Die französische sozialistische Partei war auch in Friedenszeiten hauptsächlich ein Wahlapparat für die Parlamentsfraktion und lebte fast ausschließlich von den Wahlen. Die Wahlen von 1914 ergaben ein glänzendes zahlenmäßiges Resultat. Ungeachtet ihres schwachen Organisationsapparates erhielt die Partei hundert Sitze im Parlament und über eine Million Stimmen der Wähler. Von hundert sozialistischen Wählern gehörten aber nur 6-7 zur Parteiorganisation und dieser geringe Prozentsatz der organisierten sozialistischen Wähler spielte bei der weiteren Haltung der Fraktion eine große Rolle. Die Mobilmachung, die sich auf 65 Proz. der organisierten Parteimitglieder erstreckte, rief furchtbare Lücken in die schwachen Parteiorganisationen, deren Tätigkeit zum größten Teil stockte. Die tätigen Mitglieder der Provinzorganisationen wurden mobilisiert, viele Föderationen stellten wegen Mangels an aktiven Mitgliedern ihre Existenz ein. Um dieselbe Zeit jedoch, wo der schwache Parteikörper gelähmt war, setzten die zentralen Institutionen der Partei ihre Tätigkeit fort: Die Parlamentsgruppe war von der Mobilmachung nicht berührt und die Verwaltungskommission wie die „Humanité“ setzten ihre Arbeit in engem Kontakt mit der Fraktion fort.

Bei einer solchen Schwächung des Parteikörpers mußte die Parlamentsfraktion einen ausschließlichen Einfluß auf den ganzen Mechanismus der Partei gewinnen. Wie sehr die Parteiorganisationen geschwächt sind, zeigt die Zahl der vor und während des Krieges ausgegebenen Mitgliedsarten (wobei noch berücksichtigt werden muß, daß die Zahl der wirklichen Organisationsmitglieder um 20 Proz. niedriger ist als die Zahl der ausgegebenen Mitgliedsarten). Es wurden ausgegeben:

Mitgliedsarten	Zahl der Organisationen	1914	1915
unter 51	...	0	17
von 51 bis 101	...	2	18
101	201	16	25
201	501	23	19
501	1000	22	5
über 1000	...	17	1

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß 20 Proz. der Parteiorganisationen im Kriegsjahr 1915 weniger als 50 Mitglieder zählten, während die große Mehrzahl von ihnen nicht über 200 Mitglieder besaß. Das ist noch vor dem Kriege zwei Föderationen mit einer Mitgliederzahl von 10 000, so ist jetzt das Gebiet der einen (Föderation du Nord) vom Feinde besetzt, während die andere, die Seine-Föderation insgesamt 7210 Mitgliedsarten ausgegeben hat gegen 16 300 vor dem Kriege.

Auf dem Kongreß wurde die Zahl der Mandate (ein Mandat auf je 25 Parteimitglieder) nach den Angaben für 1914 berechnet. Außerdem erhielten auch die Föderationen der Departements, die ganz oder zum Teil von den Deutschen besetzt gehalten werden, Mandate für den Kongreß. Als Longuet im Namen der Opposition und zweier Abgeordneten der okkupierten Departements gegen diese Fälschung der Vertretung Protest erhob, wurde ihm auf dem Kongreß der Seine-Föderation erwidert, wenn man den Flüchtlingen aus den okkupierten Gebieten nicht gestatten würde, ihre Föderationen zu vertreten, so wäre das gleichbedeutend mit der Anerkennung der Zergliederung Frankreichs. Diese Demagogie hatte Erfolg.

Wie aus einer weiteren Tabelle hervorgeht, war die Zulassung dieser Vertretung für die Parteinstanzen und die Mehrheit sehr vorteilhaft. Aus 7 okkupierten Departements,

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 4. Februar 1916. (W. L. W.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Einer der nordwestlich von Gulluch von uns besetzten Trichter wurde durch eine erneute englische Sprengung verschüttet. Bei Loos und bei Neuville lebhaft Handgranatenkämpfe.

Die feindliche Artillerie entwickelte an vielen Stellen der Front, besonders in den Argonnen, rege Tätigkeit.

Westlich von Marle fiel ein französischer Kampfdoppeldecker, dessen Führer sich verirrt hatte, unverfehrt in unsere Hand.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Unsere Flieger beobachteten im Bardaral südlich der griechischen Grenze und bei der Anlegestelle im Hafen von Saloniki umfangreiche Brände.

Oberste Heeresleitung.

Fünf Dampfer von einem deutschen U-Boot in der Themsemündung versenkt.

Ein deutsches Luftschiff verloren.

Amtlich. Berlin, 4. Februar. (W. L. W.)

1. Am 31. Januar und 1. Februar hat ein deutsches Unterseeboot in der Themsemündung einen englischen armernten Bewachungsdampfer, einen belgischen und drei englische an Bewachungszwecken dienende Fischdampfer versenkt.

2. Das Marine-Luftschiff „L 19“ ist von einer Aufklärungsfahrt nicht zurückgekehrt. Die angelegten Nachforschungen blieben ergebnislos. Das Luftschiff wurde nach einer Neutermeldung am 2. Februar von dem in Grimsby beheimateten englischen Fischdampfer „Ring Stephen“ in der Nordsee treibend angetroffen, Gondeln und Luftschiffkörper teilweise unter Wasser; die Besatzung befand sich auf dem Wasser befindlichen Teil des Luftschiffes. Die Bitte um Rettung wurde von dem englischen Fischdampfer abgelehnt unter dem Vorgeben, daß seine Besatzung schwächer sei, als die des Luftschiffes. Der Fischdampfer kehrte vielmehr nach Grimsby zurück.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 4. Februar. (W. L. W.) Amtlich wird veröffentlicht, 4. Februar 1916:

Russischer Kriegsschauplatz.

Ein Österreichisch-ungarisches Fluggeschwader hat den südlich von Kremieniec liegenden russischen Stuppenort Szumst mit Bomben beworfen. Zahlreiche Gebäude stehen in Flammen. Sonst ist nichts Besonderes vorgefallen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Geschützschiffe sind an der küstennäheren Front ziemlich lebhaft und erstreckten sich auch auf mehrere Stellen im Rätischer und Tiroler Grenzgebiet. Das Schloß von Duino wurde durch mehrere Schüsse der feindlichen Artillerie teilweise zerstört. Vor dem Tolmeiner Brückenkopf gingen die Italiener infolge der letzten Unternehmung unserer Truppen auf die Höhe westlich der Straße Dignj-Selo zurück.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die in Nordbalkanien operierenden 1. und 2. Truppen haben Kreuz besetzt und mit ihren Spitzen den Ischikuf erreicht. Lage in Montenegro unverändert ruhig.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hofer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Eine Kreuzerguppe hat am 3. Februar vormittags an der italienischen Ostküste die Bahnhöfe von Ortona und San Vito, mehrere Magazine und eine Fabrik im Bereiche dieser Orte, sowie einen Schwimmkanal durch Beschießung schwer beschädigt und die Eisenbahnbrücke über den Fluß Eriello nördlich Ortona zerstört. Nach der Beschießung der Objekte von San Vito wurden Brände beobachtet. Die Kreuzerguppe ist unbefehligt zurückgekehrt. Flottenkommando.

in denen 1914 23 306 Mitgliedsarten, 1915 aber bloß 919 Mitgliedsarten gezählt wurden, waren auf dem Kongreß — 789 Mandate vertreten! Diese Mandate müssen zweifellos von den 2759 Mandaten für die Resolution Renaudel in Abzug gebracht werden. Aber auch von den übrigen 1970 Mandaten muß gesagt werden, daß sie nicht, wie die Bestimmungen lauten, je 25 organisierte Parteimitglieder vertreten, sondern nur je 6 1/2. Im allgemeinen, so sagt Genosse Losowski seine Berechnungen zusammen, waren auf dem Kongreß nur 1 1/2 Proz. aller sozialistischen Wähler und nur etwa 25 Proz. der organisierten Parteimitglieder vertreten.

Ein besonderes Kapitel bildet die Vorbereitung des Kongresses. Genosse Losowski schreibt darüber folgendes: „Infolge des Kriegszustandes und des Wunsches der Zentralinstitutionen der Partei, den Kongreß zu überrumpeln, wurde seine Tagesordnung nicht öffentlich erörtert. In der „Humanité“ war kein einziger Diskussionsartikel veröffentlicht und die Organisationen erfuhren über die Vorgänge der Internationalen lediglich aus den Artikeln von „Homo“ und Renaudel. Die Einzigen, die die Lokalorganisationen mit den Zentralinstitutionen verknüpften, waren die nicht mobilisierten Abgeordneten, die selbstverständlich ein Interesse daran hatten, ihre Haltung seit dem 4. August 1914 zu rechtfertigen. Ungeachtet einer solchen Bearbeitung setzte in vielen Lokalorganisationen ein Ernüchterungsprozeß ein. Aber diese Stimmung wurde auf dem Kongreß vertreten von denselben Abgeordneten, die sämtlich Mandate von ihren Föderationen besaßen. Ueberhaupt muß gesagt werden, daß infolge der Vorarbeit und der Uebergabe der Mandate vier Fünftel der Delegierten aus Parisern bestanden (die Parlamentsfraktion, die Verwaltungskommission, die Redaktion der „Humanité“, die Kabinettsmitglieder Stuebe, Thomas und Sembat, Führer der Syndikats- und Genossenschaftsbewegung usw.). Was Wunder, daß der oppositionelle Charakter vieler Lokalorganisationen zum Ausdruck kam in der Rechtfertigung der gesamten Bergangenheit und in dem Bestreben, irgendwelche kleinen Mängel des Parteimechanismus zu beseitigen. Im allgemeinen trug der Kongreß eher den Charakter einer erweiterten Konferenz der Parlamentsfraktion und der permanenten Verwaltungskommission mit den in Paris lebenden angesehenen Sozialisten als den einer souveränen Versammlung, die im Namen des organisierten französischen Proletariats ihren ausübenden Organen Direktiven erteilt. Nicht der Kongreß gab den Abgeordneten Direktiven, — sondern umgekehrt.“

Die Mehrheit im Verein mit dem Zentrum hatte auf dem Kongreß nicht mehr als 13-14 000 wirklich existierende Parteimitglieder hinter sich. Kann unter diesen Umständen davon die Rede sein, daß der Kongreß den Willen des gesamten französischen Proletariats oder mindestens seines organisierten Teiles zum Ausdruck brachte? Selbstverständlich nicht.“

Ohne uns die Vorwürfe des Genossen Losowski gegen die Parteinstanzen zu eigen machen zu wollen, da sie die inneren Angelegenheiten der französischen Partei angehen, möchten wir doch aus den von ihm vorgebrachten Zahlen und Tatsachen folgendes feststellen:

Es ist eine große Uebertreibung, wenn von dem französischen Parteitag als von der souveränen Vertretung des organisierten französischen Proletariats gesprochen wird. Der Parteitag war nicht weiter als eine erweiterte Konferenz der Parteinstanzen mit den ihnen nahestehenden Funktionären der Partei, der Gewerkschaften und der Genossenschaften. Hat auch die französische Partei mit großen inneren Schwierigkeiten und Ausnahmeständen zu rechnen, so entsprachen doch die Vorbereitungen des Kongresses nicht jenen elementaren demokratischen Anforderungen, die an einen sozialistischen Parteitag gestellt werden müssen. Waren die Garantien für eine solche Veranstaltung weder äußerlich noch innerlich gegeben, so hätte die französische Parteileitung besser getan, die Weihnachtstagung mit ihrer verantwortlichen Tagesordnung nicht mit dem pompösen Namen eines Parteikongresses zu belegen.

Möge dieser Vorgang für alle diejenigen eine Warnung sein, die unter der Herrschaft des Kriegszustandes und der allgemeinen Schwächung der Organisationen glauben, einen wirklich demokratischen Parteitag einberufen zu können.

Das Bombardement italienischer Hafenstädte

Rom, 4. Februar. (T. A.) Die Agenzia Stefani meldet unterm 3. Februar: Heute früh gegen 7 Uhr bombardierten feindliche Schiffe den Hafen von San Vito Ebietino und die Bahnanlagen von Ortona a Mare. Es wurde nur leichter Sachschaden verursacht.

Zum Verlust des „L. 19“.

Grimsby, 4. Februar. (W. L. B.) Der hier eingetroffene Fischdampfer „King Stephen“ berichtet, daß er am Mittwochmorgen den Zeppelin „L. 19“ in der Nordsee bemerkte. Seine Gondel und ein Teil der Hülle waren unter Wasser. Die Besatzung, die 17 bis 20 Köpfe stark war, war auf der Spitze der Hülle versammelt und bat um Aufnahme. Da die Besatzung des Zeppelins der Besatzung des Fischdampfers an Zahl überlegen war, lehnte der Kapitän des Fischdampfers ab, der Bitte zu willfahren. Er kehrte sogleich nach Grimsby zurück, um die Angelegenheit den Seebehörden mitzuteilen.

Grimsby, 4. Februar. (W. L. B.) (Meldung des Reuterschen Bureau.) Zwei Marinefahrzeuge, die nach dem Schluß des Zeppelinverlustes geschickt wurden, suchten die Nachbarschaft genau ab und fanden keinerlei Spuren vom Luftschiff. Man schließt daraus, daß der Zeppelin gesunken ist.

Angriff auf ein deutsches U-Boot.

Berlin, 4. Februar. (W. L. B.) Von zuständiger Stelle erfahren wir über den Angriff eines unter holländischer Flagge fahrenden englischen Hilfskreuzers auf ein deutsches Unterseeboot noch folgende Einzelheiten: Das Unterseeboot forderte einen unter holländischer Flagge fahrenden Dampfer durch Signal auf, zur Prüfung der Schiffspapiere ein Boot zu schicken. Dies geschah nach einiger Zeit. Sicherheitshalber tauchte das Unterseeboot und beschäftigte durch das Schrotrohr den Dampfer. Es war ein circa 3000 Tonnen großer normaler Frachtdampfer mit glattem Deck, erhöhter Back und Güte. Nichts Verdächtiges war zu sehen, der Name „Melanie“ am Bug deutlich zu lesen. Als das Unterseeboot neben dem Schiffsbott in etwa 1000 Meter Entfernung vom Dampfer auftauchte, eröffnete dieser unter holländischer Flagge aus zwei Geschützen mittleren Kalibers und Maschinengewehren ein heftiges Feuer: das Boot konnte sich gerade noch durch schnelles Tauchen retten. Der Dampfer versuchte dann noch zweimal das Unterseeboot zu rammen. Während der ganzen Aktion führte das Schiff die holländische Flagge.

Ein holländischer Dampfer „Melanie“ ist nicht bekannt; dagegen findet sich in Lloyds Register ein englischer Dampfer dieses Namens von 3002 Tonnen. In diesem Zusammenhang ist auch eine Meldung der Agence Havas vom 28. Januar interessant, der zufolge der bewaffnete französische Postdampfer „Blata“ ohne angegriffen zu sein das Feuer auf ein Unterseeboot eröffnete und es versenkt haben will. — In einer Besprechung über diesen Fall versicherte der französische Admiral Lacaze dem Korrespondenten des „Petit Journal“, daß die französischen Handelschiffe ausdrücklich Befehl hätten, auch wenn sie nicht angegriffen seien, auf jedes feindliche Unterseeboot das Feuer zu eröffnen oder es zu rammen.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 4. Februar. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von Donnerstag nachmittag. Die Nacht war ruhig und nichts Erwähnenswertes zu melden. Gestern gegen Abend ließen die Deutschen nach ziemlich lebhafter Beschickung Angriffsabsichten gegen unsere Stellung am Bois-des-Buisses (nördlich von der Höhe in der Gegend von Ville-au-Bois) merken; die sofortige Bestreitung des Angriffsgeländes durch unser Sperrfeuer und Gewehrfeuer brachte ihr Herausretren aus den Gräben glatt zum Scheitern.

Paris, 4. Februar. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von Donnerstag abend. Nördlich der Höhe Bombardement der Schützengräben des Feindes auf dem Plateau vor Douaumont und vor Ville-au-Bois. Truppenbewegungen, die auf der Straße Verry-au-Bac—Juvin-court gemeldet wurden, wurden unter Feuer genommen. In den Argonnen sehr lebhafter Minen Kampf. Wir haben zahlreiche Minen springen lassen, welche unterirdische Arbeiten des Feindes zum Einsturz brachten, und zwar eine bei Courte-Chauffee, eine andere bei Hies-Morte, vier bei Cote 285 (Hauts-Chevaux) und drei bei Bauguis. Zwischen Cote 285 und Hauts-Chevaux versuchten feindliche Abteilungen gegen unsere schwachen Posten einen Angriff, der nach Artillerie- und Handgranatenkampf aufgehalten wurde. Auf den Hauts-de-Meuse haben wir eine Mine im Bois-des-Chevaliers und St. Maurice-Joules-Cotes (nördlich von Fathom-batel) beschossen. Im Elsch tief unser Artilleriefeuer am Tur einen Brand in den feindlichen Quartieren am Dehlenberg (nordöstlich Vornhaupt) hervor.

Belgischer Bericht. Der Artilleriekampf wurde an der Front mit Heftigkeit wieder aufgenommen, namentlich in der Richtung auf Dymade.

Die englische Meldung.

London, 3. Februar. (W. L. B.) Amtlicher Heeresbericht: Während heftiger Beschickung von Loos und unserer Gräben in der Umgebung mit Granaten erwiderten wir wirkungsvoll. Einige Minenaktivität, meist auf unserer Seite, in der Gegend der Hohenzollern-Redoute und zwischen dieser und der Straße nach La Bassée.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 4. Februar. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von Donnerstag.

Westfront: Vom Befehlsabschnitt des Generals Plewe sind vom gestrigen Tage folgende Tatsachen zu melden: In der Gegend zwischen dem Sabisee und der Straße nach Mitau überschritten wir Draht Hindernisse der Deutschen und schossen auf die Arbeiter in den feindlichen Stellungen. Südöstlich Riga fuhr unser Panzerautomobil vor unsere Gräben, schloß auf die feindliche Stellung und kam, von Artillerie heftig beschossen, unbeschädigt zurück.

In Galizien machte eine Abteilung von uns mit Hilfe von Handgranaten einen gelungenen Angriff nordöstlich des Bahnhofs von Jezierna an der Straße Larnopol—Jloczow. Nach Zerstörung der Draht Hindernisse bemächtigten sich unsere Gräben eines Wertes; die Besatzung floh, verfolgt von uns. Südlich des Bahnhofs von Jezierna dauerte das beiderseitige Feuer der schweren und leichten Artillerie am ganzen gestrigen Tage an.

An der militärischen Strypa schloß unsere Artillerie ein feindliches Flugzeug herunter; es fiel in die feindlichen Linien zwischen Kowostawje und Jielona (5 Kilometer nordöstlich Duczaj).

Auf der Front zwischen Dnesje und Pruth beschloß der Feind unsere Stellungen mit schweren Geschützen, einschließlich zwölfzölligen. Unter dem Schutze dieses Feuers versuchte der Feind zweimal in der Gegend von Ucieglo vorzugehen, wurde aber zurückgeworfen.

Kaukasus. Unser Vormarsch wird erfolgreich fortgesetzt. An einer Flugzeugstellung des Gegners fanden wir 298 erdrossene Kasken. Auf der Verfolgung erbeuteten unsere Kräfte von neuem 100 Stück Rindvieh.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 4. Februar. (W. L. B.) Amtlicher Bericht. Im Lagarinala hat eine unserer Aufklärungsabteilungen, durch Artilleriefeuer unterstützt, am 1. Februar feindliche Gruppen nordwestlich von Mori angegriffen und zerstreut. Im Abschnitt zwischen Astico und Torra gingen einzelne Jäger des Feindes in weißen Mänteln mit Unterfertigung von Maschinengewehren am 1. Februar abends gegen unsere Stellungen an der Front Cima Rorri—Mise Grobe vor; sie wurden durch Gegenangriff zurückgeworfen. Im Saganatal führte die Angriffsabteilung unserer Infanterie zu neuen, für uns günstigen Zusammenstößen mit dem Gegner zwischen Roncigno und Ronchi. Am Fongo Artilleriekampf mit Unterbrechung; unsere Artillerie beschloß feindliche Truppen am Straßennoten Rusie, nordöstlich von Görz. Auf dem Rorri drang eine unserer Abteilungen im Abschnitt von San Martino durch Ueberraschung in einen feindlichen Schützengraben ein, machte einige Gefangene und erbeutete Gewehre und Handbomben. Cadorna.

Mannschaftseinberufungen in Italien.

Bern, 3. Februar. (W. L. B.) Aus Rom wird gemeldet: Das militärische Amtsblatt enthält eine Sonderverfügung, der zufolge unbeschränkt Beurlaubte der ersten und zweiten Kategorie der nachstehend aufgeführten Klassen und Waffenkategorien zum 7. Februar einberufen werden: Jahrgang 1891 der Kavallerie, Jahrgänge 1882 bis 1884 der Genietruppen und Brückenbauer, Jahrgänge 1882 bis 1885 der Genietruppen, die für die Arbeiten in den Lagunen besonders ausgebildet sind. Ferner werden die der dritten Kategorie mit unbeschränktem Urlaub Angehörigen des Jahrganges 1881 einschließlich der Marinetruppen einberufen; deren Gestellungstermin ist jedoch noch nicht bekanntgegeben.

Ein italienisches Flugzeug in der Schweiz heruntergeschossen.

Lugano, 3. Februar. (Z. U.) Heute nachmittag überflog ein italienisches Militärflugzeug von Turin kommend Lugano. Es wurde durch Schweizer Militär bei Viogio heruntergeschossen. Der Apparat wurde beschlagnahmt. Der italienische Offizier, welcher den Apparat steuerte, erklärte, daß er sich verirrt habe.

Lugano, 4. Februar. (Z. U.) Wie gemeldet, wurde gestern nachmittag ein italienischer Flieger von schweizerischem Militär heruntergeschossen. Weder den Vorfall gibt „Popolo e Libertà“ noch folgende Einzelheiten: Um 3 Uhr nachmittags erschien in der Richtung von Porto Ceresio kommend, am Himmel ein Aeroplan, der, die italienische Flagge zeigend, gegen den Monte Generi (Vestigungszone Bellinzona) flog. Das Schweizer Militär eröffnete sofort das Feuer mit Abwehrgeschützen und Mitrailletten. Nördlich Lugano bei Viogio wurde der Aeroplan zur Landung gezwungen. Schweizer Offiziere eilten sofort in Automobilen zur Landungsstelle und stellten fest, daß der Pilot ein italienischer Offizier war, welcher angab, er sei von Turin gekommen und habe zwischen Como und Varese wegen Nebels die Orientierung verloren. Er sei auf seinem Irrtum erst durch das Feuer der Schweizer Soldaten aufmerksam gemacht worden. Die Flügel seines Apparates waren durch zwölf Schüsse beschädigt. Der Pilot selbst ist unverletzt und wurde interniert. Der Vorfall erregt in der Umgebung von Lugano das größte Aufsehen und veranlaßt die Einwohner zu einer Massenpilgerung nach der Landungsstelle.

Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 2. Februar. (W. L. B.) Amtlicher Bericht des Hauptquartiers: Keine Veränderung von Wichtigkeit auf allen Fronten.

Durch einen Zeppelin versenkt.

London, 4. Februar. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Der Dampfer „Franz Fischer“, der als Kohlendampfer an der Küste fuhr, ist am Dienstag nacht von einem Zeppelin, der auf dem Wege von Hartlepool nach London war, versenkt worden. 13 Mann der Besatzung sind ertrunken, drei wurden von einem belgischen Dampfer gerettet. „Franz Fischer“ ist ein erbeutetes feindliches Fahrzeug von 370 Tonnen.

Englischer Dampfer torpediert.

London, 3. Februar. (W. L. B.) In Plymouth trafen der Kapitän und 25 Mann von dem englischen Dampfer „Woodfield“ ein, der am 3. November vierzig Meilen von Gibraltar von einem deutschen Unterseeboot angegriffen wurde. Nach einem zweifelhafte Kampfe, während dessen die arabischen Geizer des englischen Dampfers streikten, ging die Besatzung in die Rettungsboote. Der Dampfer wurde torpediert.

Kaiserdam 4. Februar. (W. L. B.) Wie hier angekommene amerikanische Blätter berichten, soll der Dampfer der Leihlandlinie „Guronian“ am 29. Dezember in der Nähe der irischen Küste torpediert worden sein. Der Dampfer wurde schwer beschädigt in den Hafen geschleppt.

„Appam“ als Prize erklärt.

Washington, 3. Februar. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Staatssekretär Lansing hat entschieden, daß die „Appam“ als Prize zu betrachten ist.

Old Point Pomfort, Virginien, 3. Februar. (W. L. B.) Reutermeldung. Neun britische Untertanen, die von der „Appam“ gelandet wurden, erklärten, daß die „Röwe“ außer mit Kanonen noch mit zwei Langrohrkanonen versehen war. Alle erklärten weiter einstimmig, daß sie gut behandelt wurden. Sie haben wohl unter Mangel an Lebensmitteln zu leiden gehabt, aber auch die Preisbefragung bekam dies zu fühlen. Während der letzten zwei Tage war der Mangel an Lebensmitteln und Wasser sehr groß geworden. Bezüglich der „Röwe“ glauben einige, daß sie ein in ein Kriegsfahrzeug umgewandeltes Handelsschiff, andere aber, daß sie ein ganz neues Schiff ist. Sie führte vier Kanonen vorn und zwei rückwärts, die alle mit abnehmbarer Verschanzung maskiert waren. Der Dampfer „Glan Mactabish“ hat sich, wie erzählt wird, sehr tapfer gegen die „Röwe“ gewehrt. Der Dampfer führte eine sechspfündige Kanone. Fünfzehn Mann der Besatzung wurden getötet und viele verwundet, ehe das Schiff nach zwei Explosionen sank. Der Kampf dauerte ungefähr eine halbe Stunde. Schließlich lancierten die Deutschen zwei Torpedos, die beide trafen, worauf der „Glan Mactabish“ überholte und rasch in der Tiefe verschwand.

New York, 4. Februar. (W. L. B.) „Associated Press“ meldet aus Washington: Im Staatsdepartement wird darauf hingewiesen, daß, wenn der Dampfer „Appam“ schließlich als Prize angelesen wird, der Preussisch-Amerikanische Vertrag von 1828 wahrscheinlicher als die Sache beherrschender Punkt in Betracht komme, als die Haager Konvention. Der englische Botschafter hat Staatssekretär Lansing in aller

Form ersucht, den Dampfer freizugeben und den englischen Eigentümern zurückzustellen auf Grund von Artikel XI der Haager Konvention, welche die englischen Behörden als dem Preussisch-Amerikanischen Vertrage vorgehend in Anspruch nehmen. Lansing hat das Argument des englischen Botschafters in Erwägung gezogen.

Berlin und Washington.

Theodor Wolff schreibt unter diesem Titel im „Berliner Tageblatt“:

Soweit man nach den vorliegenden Nachrichten beurteilen kann, sind in der diplomatischen Aktion der Washingtoner Regierung zwei Bestrebungen zu unterscheiden, von denen die eine zur definitiven Regelung des Handelskrieges hinführen soll, während die andere sich nur auf die Affäre der „Lusitania“ bezieht. Zum ersten Teile der Aktion gehören die Denkschrift des Staatssekretärs Lansing, welche vorschlägt, daß Handelschiffe nicht mehr zu bewaffnen seien, und die neulich von der „Associated Press“ mitgeteilte Note, welche besagt, daß Neutrale auf Handelschiffen unter Kriegsführender Flagge reisen dürfen. Handelschiffe nicht ohne vorherige Warnung angegriffen werden dürfen, Handelschiffe Kriegsführender auf Befehl sofort beizudrehen haben, aber nur beschossen werden dürfen, wenn sie fliehen oder Widerstand leisten, und nur, nach vorheriger Sicherung von Passagieren und Mannschaft zerstört werden dürfen, wenn man sie nicht in einen Hafen bringen kann. Bei der Erörterung dieser Vorschläge in der deutschen Presse hat es sich bereits gezeigt, daß die Ansichten weit auseinandergehen. Man kann diese Fragen umsofort jetzt ruhen lassen, da augenblicklich die zweite Frage, die „Lusitania“-Frage, sehr viel wichtiger und wie man leider sagen muß, ziemlich kritisch geworden ist. Hier sieht man sich, am Ende des langen mündlichen und schriftlichen Verhandels, jener Forderung gegenüber, die sich schon aus den ersten Noten der amerikanischen Regierung ergab. Deutschland soll die Hinterbliebenen der „Lusitania“-Opfer nicht „freiwillig“ entschädigen, sondern dem amerikanischen Standpunkte antworten, daß die Entschädigung erfolgen müsse, weil die Torpedierung der „Lusitania“ eine völkerrechtswidrige Handlung war.

Man braucht nicht noch einmal auf all die Argumente hinzuweisen, mit denen Amerika seine Auffassung begründet, und nicht auf diejenigen, mit denen die deutsche Regierung ihre Meinung vertritt. In Washington beruft man sich auf den Wortlaut der völkerrechtlichen Bestimmungen, in Berlin verweist man darauf, daß diese Bestimmungen zu dem neuen Unterseebootkrieg nicht mehr passen und daß sie seit Beginn des Seekrieges von England verletzt worden sind. Mit diesen rechtlichen Auseinandersetzungen kommt man nicht weiter und es ist nicht angebracht, und nach Lage der Dinge wohl auch nicht möglich, sich länger auf diese Weise im Kreise herumzudrehen. Es kommt jetzt vor allem darauf an, so zu handeln, wie es im Interesse des Deutschen Reiches nützlich und notwendig ist. Nach der Verletzung der „Lusitania“ gab es bei uns viele, die ein solches Vorgehen für sehr nutzbringend hielten, es bedauerlich ihnen gewiß auch der Tod so zahlreicher Zivilpersonen, Frauen und Kinder schien. Da eine solche Meinung sich in Kriegszeiten leichter als die entgegengesetzte äußern kann, gelangte sie ziemlich allein an die Öffentlichkeit. Dann, im weiteren Verlaufe der Dinge, zeigte sich die deutsche Regierung bereit, die Richtigkeit der Frage nicht ganz so zu betonen, wie es in den Kreisen der unentwegten Stürmer geschieht. Dadurch kamen wir zunächst über die schwierigen Momente, besonders in unserem Verhältnis zu schwankenden Neutralen, hinweg. Denjenigen, die damals diese „Schwäche“ anlagten, wurde geantwortet, alles müsse sich dem großen Ganzen unterordnen, nur das könne gelten, was der möglichst schnellen Herbeiführung des Sieges diene. Auch die glanzvollsten Kriegstaten sind nicht Selbstzweck, sondern müssen sich in den Rahmen des Ganzen einfügen, in den Rahmen der Reichspolitik.

Von diesem selbstverständlichen Geisteskriegspolitischen Handelns kann die deutsche Regierung sich auch heute nicht trennen, es muß bei ihren Entschlüssen vor allen sonstigen Erwägungen ausschlaggebend sein. Da deutsche Volk will und muß diesen Krieg zum siegreichen Ende führen und so entschlossen es ist, bis zu diesem Ende auszuharren und immer neue Opfer zu bringen, so sehr hat es ein Anrecht darauf, daß alles Nötige zur Beilegung des Resultates geschieht, alles, was ohne die dringlichste Notwendigkeit das Resultat hinauszögern müßte, unterbleibt. Der Reichszangler, der vor dem Volke die Verantwortung trägt, kann und muß auf Grund des Materials, das ihm vorliegt und das der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist, Ruhen und Schaden der Wege prüfen, zwischen denen er zu wählen hat. Er könnte angefaßt der amerikanischen Forderung, sich an den Realpolitiker Henri IV. erinnern, der lächelnd gesagt hat, Paris sei ihm eine Waise wert. Er wird sich gewiß keinen Augenblick lang durch das Gerede betören lassen, daß geldstrohende Amerika wäre ein leicht zu nehmender Feind. Er wird auch nicht glauben, ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen bedeute noch keine ernste Kriegsgefahr. Er wird auch die Wirkung auf diesen und jenen neutralen Staat in Rechnung stellen. Er wird vor allem, nach dem Studium der ihm übersandten Berichte, beurteilen, ob trotz der teilweise sehr friedfertigen und ruhigen Haltung des Konzeßes die amerikanische Regierung zu feindlichen Schritten entschlossen ist und ob es, außerhalb der vorgeschlagenen Formel, keine Lösung gibt. Die gegenwärtigen Verhältnisse bringen es mit sich, daß die öffentliche Meinung nur wenig mitsprechen kann, und dadurch verstärkt sich die Last der Verantwortung, die auf den leitenden Männern ruht. Diese leitenden Männer werden auch kaum eine Entlastung durch diejenigen Organe der öffentlichen Meinung, die einem Ausgleich am eifrigsten waren, zu erwarten haben, denn auch dort schiedt man ihnen heute, mit gutem Rechte übrigens, die Verantwortung zu. Wir alle miteinander wünschen den möglichst schnellen, möglichst vollkommenen Sieg und einen Frieden, in dem das deutsche Volk seine Wunden zu heilen, seinen Wohlstand wieder fest aufzurichten vermag. Aber darum muß jetzt ein entscheidender Schritt in dem „Lusitania“-Streite getan werden, bis zu den letzten Punkten des Weges ruhig und leidenschaftlos Bedacht werden, wozu in dieser Schritt uns führen kann.“

Die englischen Arbeiterinnen für den Frieden.

Die englische Arbeiterinnenliga (Womens Labour League) hielt, wie bereits gemeldet, am 25. Januar ihre 10. Jahreskonferenz in Bristol ab.

Dr. Marion Phillips sprach in ihrer Eröffnungsgrede über die arbeitenden Frauen und die Probleme des Krieges. Selbstverständlich füllten die Frage des Militärmanages sowie die Wirkung des Krieges auf die Frauenarbeit den größten Teil des Vortrages; aber Genossin Phillips ging auch auf die internationalen Beziehungen der Arbeiter ein. Sie erklärte, daß die Stellung der Frauen zu dieser Frage am besten in der Resolution erklärt sei, die im März 1915 von der außerordentlichen Konferenz der Arbeiterinnen und Sozialistinnen zu Vorn angenommen wurde.

Die Konferenz nahm Resolutionen zum Militärdienstgesetz, zum Krieg und zur Entlohnung der Frauenarbeit an, für die die gleiche Bezahlung wie für Männerarbeit gefordert wurde. Die Resolution zum Militärdienstgesetz erklärt, daß die Womens Labour League ihre Opposition gegen das Gesetz fortsetzen will, und falls es — was inzwischen geschehen ist — Gesetz werde, für seine Abschaffung agitieren will. Die Ministerpersönlichkeiten, die nicht in das Gesetz aufgenommen sind, werden als wertlos bezeichnet und die Arbeiterinnen aufgefordert, die Rachepolitik gegenüber der arbeitenden Klasse dadurch unmöglich zu machen, daß sie sich weigern, die sogenannten „bevorzugten Stellen“ von Männern einzunehmen, die auf unfaire Weise entlassen wurden.

Die Kriegsvollziehung fordert die Regierung auf, ihre Friedensbedingungen bekannt zu geben und alles zu tun, um den Krieg zu beendigen. Ein ebenfalls angenommenes Amendement verlangt die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts.

Eine französische sozialistische Kundgebung über die Kriegursache.

Im „Avanti“ vom 28. Januar veröffentlicht der Pariser Korrespondent des Blattes weitere Teile aus dem Brief an die Abonnenten der „Die L'Avant“ (siehe Nr. 82 d. „Vorw.“): Der Friede von Agadir war nur ein Waffenstillstand, der die Imperialisten nicht entwarf. Zum erstenmal hatte damals England erklährt, daß es sich im Fall eines deutsch-französischen Krieges auf die Seite Frankreichs stellen werde. Unsere Nationalisten waren nun der englischen Unterstützung sicher und wurden angriffslustiger. Gegen den Dreierbund nahm der Dreierbund Stellung.

Der Imperialismus ist der Wirtschaftskampf, den die Großmächte zur Eroberung von Märkten und von Einflußsphären in noch nicht industrialisierten Ländern führen, um dort Protektorate zu errichten. Hierin liegt der Ursprung aller modernen Kriege: so kämpften die Vereinigten Staaten gegen Spanien um Kuba und Panama, Japan gegen Rußland um die Mandchurie und Korea, England gegen die sultanischen Republiken um Ausnutzung der Minenfelder. Der Balkankrieg erscheint nur kurzfristigen als ein Rassenkrieg. Im Grunde war der Balkanbund ein Werk des Russenparties, der die Türkei schwächen und durch ein Groß-Serbien den Mittelmächten den Weg nach Kleinasien und Mesopotamien verlegen wollte, einen Weg, den diese sich gerade jetzt wieder zu öffnen versuchen.

Die deutschen Sozialisten sind wohl gerade wegen ihres übertragenden Einflusses besonders verantwortlich und verdammenwert, weil sie versagt haben. Aber ihr Versagen ist doch keine Entschuldigung für unser Versagen. Die „union sacrée“ ist nirgends fester als in Frankreich, und ihr Kitt sind die Sozialisten. Auf den nationalen Sozialismus wird man später ein nationales Genossenschaftswesen aufzubauen suchen.

[Schluß von der französischen Zensur gestrichen.]

Eine französische Stimme gegen Vandervelde.

Der „Populaire du Centre“ veröffentlicht die wichtigsten Teile der Erklärung der preußischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion mit einigen sympatischen Bemerkungen. Er nennt sie eine „wichtige Erklärung“, die eine der denkwürdigsten Dokumente bleiben werde und eine der sorgfältigsten Stappen in der Geschichte des Wiedererwachens des sozialistischen Bewusstseins in Deutschland. Die lebendige Proklamation der internationalen Solidarität der Proletarier werde einen mächtigen Widerhall in Millionen von Herzen und Geistern finden. Die ganze Internationale habe ein Recht, stolz auf diese Sprache zu sein. Sie sei ein Beispiel, an dem man sich . . . anderswo inspirieren könne.

In derselben Nummer wendet sich der „Populaire“ gegen Vanderveldes Schweizer Reden. Er hofft noch immer, daß ein Dementi des durch die Agence Havas veröffentlichten Berichtes erfolgen werde. Aber die „Humanité“ habe ihn ohne ein Wort widergegeben, und der „Temps“ habe ihn sehr gelobt, so müsse man an die Wahrheit des Berichtes glauben und das, was gesagt wurde, widerlegen.

Zunächst die Verweigerung des Händedrucks. Der belgische Minister fällt sich abgestoßen von dem Gedanken, daß er einem Deutschen die Hand reichen solle, während man sich in den Schützengräben zerfleische und löte, eine Hand, die in belgisches und französisches Blut getaucht ist.

Dieses Argument, so meint der „Populaire“, mache natürlich in der gegenwärtigen Zeit Eindruck auf Nerven und Geist. Aber die Frage sei eine abschließende Pose.

Wir wissen nicht, ob wir auf einem internationalen Kongreß einem Deutschen die Hand schütteln müssen oder nicht, ob wir das wollen werden oder nicht. Wir werden wohl so frei sein, diese banale Geste zu vollziehen oder es zu lassen. Uns beschäftigen andere Gedanken.

„Seit achtzehn Monaten kenne Europa die dunkelsten Tage seiner Geschichte, Millionen seiner Kinder sind tot oder verstümmelt. Das Werk der Zivilisation und des Fortschritts ist kompromittiert, die Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung von der Zerstörung bedroht. Die Grenzen des Schreckens sind weit entfernt.“

Das ist die Tatsache, die schreckliche, die ungeheure und tragische Tatsache.

Glaubt Vandervelde, daß der internationale Sozialismus, der keine Verantwortung für diese Ergebnisse trägt, der ohnmächtig gewesen ist, die Entfesselung zu verhindern, mit verstrickten Armen stehen bleiben darf, und nicht versuchen muß, vor allem von der Menschheit zu retten, was gerettet werden kann, und dann seinen Einfluß und seine Kräfte zu gruppieren, um, am Tage des Friedens, seiner Art, seiner Meinung, seinem Willen Geltung zu verschaffen, seinen traditionellen Prinzipien, den souveränen Entschlossenheiten seiner Kongresse und dem unüberwindlichen Ruf seines Ideals entsprechend? . . .

„Welches Elend, welche beschämende und armselige Sache, das zu verkleinern zu einer Frage des Händedrucks!“

Die Kämpfenden draußen, die von der Leuchte des Sozialismus erleuchtet werden, kennen diesen Haß gegen die einzelnen Individuen nicht.

„Die Philosophie der Meister des Sozialismus — von denen Vandervelde einer war — hat sie gelehrt, daß das ökonomische Regime die Gefühle und Ideen bestimmt, daß der Kapitalismus im besonderen solche Streitigkeiten, solche Wettbewerbe, solche Interessenskonflikte hervorbringt, daß der dauernde Krieg zwischen den Individuen und den Klassen auch zwischen den Staaten immer möglich ist.“

Sie verabscheuen dieses Regime, ja sie träumen davon, es niederzuwerfen, es durch ein anderes zu ersetzen, das, wie unsere Lehren beweisen, die Befreiung, den Wohlstand, den Frieden mit sich bringt. . . .

„Wenn ich sterbe,“ schrieb ein Kämpfer von Limoges seinem Vater, „wirft Du meinen Sohn im Glauben an den Sozialismus erziehen. Du wirst ihm sagen, daß er niemals daran denken soll, mich zu rächen, Du wirst ihm lehren, daß er mit den anderen Kämpfern an der Verwirklichung unseres schönen Traumens fortzuführen hat.“

Der Händedruck beunruhigte ihn nicht! Er hoffte darauf, daß sein Kind in dem Kampf um den Sieg und die Befreiung des Proletariats das Einzelnem mit den Proletariern des Schützengrabens wiederfinden werde, angeht des Todes, der in der gleichen Stunde brutal und wild herabträt.

So weist der „Populaire du Centre“ die Strafe Vanderveldes zurück, die danach angetan ist, in gedankenlosen Menschen das Gefühl des Hasses und der Rache selbst denen gegenüber zu erwecken oder zu stärken, die ganz gegen ihren Wunsch und ihre Ueberzeugung in den Kampf hinaufgestellt wurden. Es ist erfreulich, daß sich auch in Frankreich Parteigenossen erheben, die diese Politik Vanderveldes, die mit Sozialismus nichts gemein hat, ablehnen.

Aber noch können wir hoffen, daß die Worte Vanderveldes anders gemeint sind, als Agence Havas sie meldete.

Die Zensurfrage in der französischen Deputiertenkammer.

Von der Schweizer Grenze, den 4. Februar. (Z. U.) In der französischen Deputiertenkammer interpellierte gestern der Abgeordnete Constant wieder über die Zensur. Wie die Agence Havas mitteilt, hat die Kammer nach einer Rede des Ministerpräsidenten Briand die Verhandlung über diese Interpellation auf unbestimmte Zeit vertagt.

Salandra in Genua.

Lugans, den 4. Februar. (Z. U.) Bei dem gestrigen Empfang auf dem Hafenfortium in Genua machte Salandra einige bemerkenswerte Äußerungen. Der Präsident des Fortium, Senator Ranco, erwähnte die Frachtenhauffe und wies darauf hin, daß die italienische Handelsflotte in Friedenszeiten nur auf Beförderung von einem Viertel der Einfuhr eingerichtet sei und jetzt nicht mehr leisten könne. Salandra erwiderte, Italien würde sich tatsächlich nicht nur gegenüber den Feinden, sondern auch gegenüber den Verbündeten stärker fühlen, wenn es nicht mehr für die Zufuhr von Nahrungsmitteln und gewerblichen Rohstoffen auf das Ausland angewiesen wäre. Dann fuhr Salandra mit einem Wausus fort, welcher Rücktrittsgedanken andeutete: „Laßt uns hoffen, daß nicht wir, welche vielleicht ermüdet sind, aber andere die nötige Befreiung machen.“

Aus der italienischen Partei.

Aus Lugano wird uns geschrieben: Die Konferenz der sozialistischen Gemeindevorteiler Italiens, die vor einiger Zeit zu Bologna abgehalten wurde, legt Zeugnis davon ab, daß als Folge der von der Partei angenommenen Haltung deren moralischer und politischer Einfluß sich gerade während des Krieges entwickelt und vertieft hat. Alle Fragen der Kommunalpolitik, die durch den Krieg aufgeworfen werden, die Mißstände, auf die die sozialistische Kritik seit jeher hingewiesen hat und die gerade durch den Krieg zugeführt worden sind — alles das drängt zu einer radikalen Lösung. Was vor dem Kriege als „Zukunftstheorie“ betrachtet wurde, wird heute zur aktuellen Frage, an deren Lösung weite Bevölkerungsschichten das größte unmittelbare Interesse haben. Die sozialistischen Vertreter aus 450 Gemeindevorkontrollen, die in Bologna zusammenkamen, haben zugleich im Namen sämtlicher unbemittelten Bürger der von ihnen vertretenen Gemeinden gesprochen und Forderungen an die Regierung gestellt, die das ganze italienische Volk angeht. Die Folgen des Krieges erhebt. Wäre die sozialistische Partei Italiens mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien in ein Burgfriedensverhältnis eingetreten, so hätte sie nicht das Recht gehabt, als Anklägerin aufzutreten. Sie hätte vielmehr die schwere Verantwortlichkeit, die auf Regierung und Mehrheitsparteien lastet, tragen müssen, was nicht nur in der Stunde der allgemeinen Abrechnung, sondern schon jetzt höchst verhängnisvolle Folgen für die Partei haben würde. Die Stellung, die die Partei seit dem Ausbruch des Weltkrieges eingenommen hat, ihre unversöhnliche Kriegsfeindschaft hat es bewirkt, daß nicht nur die Parteimitglieder sich immer fester um sie scharen (in vielen Ortschaften zählen die zurückgebliebenen Mitglieder die Beiträge für die Einderufenen), sondern daß auch immer neue Arbeiter sich zur Mitgliedschaft melden. Dieser Umstand veranlaßte bereits den „Avanti“, die Genossen darauf aufmerksam zu machen, sie möchten ja mit der Ausnahme von neuen Mitgliedern vorsichtig sein. Auch in einer jüngst abgehaltenen Sitzung nahm der italienische Parteivorstand eine Resolution an, die dieselbe Warnung enthält. Es besteht nämlich die Gefahr, daß unzufriedene Elemente der Partei zuströmen, weil man der Partei näher stehen will, der die unmittelbare Zukunft ohne Zweifel den größten Erfolg bringen wird. Die Partei aber will keinen bloß numerischen Zuwachs, auch keine bloßen Mitläufer, sondern überzeugte Sozialisten und treue Kämpfer für das Endziel der Sozialdemokratie. Deshalb hat sie den oben erwähnten bezeichnenden Beschluß gefaßt.

Die Resolution, in welcher der Parteivorstand seine Stellung zu der nationalen und internationalen Lage zusammenfaßt, ist von der Zensur Wort für Wort unterdrückt worden. Es liegt also der Regierung sehr viel daran, dem italienischen Volke das Urteil der sozialistischen Partei vorzuenthalten!

Die in Bologna abgehaltene Tagung gewann weiter durch den Umstand besondere Bedeutung, daß auf der Beratung der Gemeinderäte, Abgeordneten und Parteivorstandsmitglieder keinerlei tiefgehende Meinungsgegensätze zutage traten. Die Konferenz der Gemeindevorteiler wurde durch eine vom Genossen Ribaldi (Bürgermeister von Monza) vorgeschlagene Resolution eingeleitet, die einstimmige Annahme fand. Die Resolution begrüßt die Zimmerwalder Konferenz und die dort gefaßten Beschlüsse. Mit dieser Resolution wird die Stellung der ganzen italienischen Partei gekennzeichnet. Ihre einstimmige Annahme verließ allen Verhandlungen ein besonderes politisches Gepräge. Das erklärt auch, warum die ganze bürgerliche Presse bisher die bedeutungsvolle Zusammenkunft völlig totgeschwiegen hat.

Nationale Verbrüderung.

Die russische bürgerliche Presse veröffentlicht einen Bericht über die Rede, die der berüchtigte Pogromheger und Schurke Purischkewitsch in der „Russischen Versammlung“, der ältesten und bedeutendsten schurkischen Vereinigung Petersburgs, Ende Dezember gehalten hat.

Nach einem warmen Lob an die Adresse der russischen Sozialdemokraten, die als „wahre Patrioten“ gemeinsam mit dem ganzen Volke ins Feld gezogen seien, um „im Kampfe gegen die deutsche Despotie“ ihr Leben herzugeben, wandte sich Purischkewitsch der Verherrlichung Plechanows zu, der bekanntlich aus einem Saulus ein Paulus geworden ist und seit Kriegsbeginn für die „nationale Einigung“, für die „Organisation der nationalen Verteidigung“ usw. Propaganda macht.

Recht drastisch schilderte Purischkewitsch den Standpunkt Plechanows gegenüber Deutschland. „Erlaubt auch uns“ — habe Plechanow den Deutschen gesagt — „unseren eigenen Patriotismus zu haben. . . . Ihr fordert das Ende Rußlands — ihr irrt euch: ich bin keineswegs in den Dienst des preussischen Imperialismus getreten. Ihr wollt, daß wir das rote Banner der Revolution erheben, damit ihr Rußland leicht vernichten könnt. Ihr tret euch: wir werden mit unserer Aufgabe fertig werden und den Feind besiegen.“

Dies der Standpunkt Plechanows in der Auffassung Purischkewitschs. Diese Rede — bemerkte er — hätte in den Räumen der russischen Versammlung gehalten werden können.

Dieser Kennzeichnung, die die schälimste Brandmarkung ist, haben wir nichts hinzuzufügen.

Aus der rumänischen Kammer.

Bukarest, 4. Februar. (Z. U.) In der gestrigen Kammer legte Finanzminister Costinescu einen Gesetzentwurf vor,

betreffend Erhöhung des Militärkredits um 200 Millionen Lei, sowie einen Gesetzentwurf über Verringerung der Militärausgaben während der Parlamentsferien. Bis heute beträgt der Gesamtkredit des Kriegsministeriums 600 Millionen Lei. Lake Jonescu, dessen Interpellation über die Auswärtige Politik auf der Tagesordnung stand, gab folgende Erklärung ab: Es wäre überflüssig zu sagen, was ich bereits in der Adressenrede gesagt habe; ich betone aber, daß wir in nichts unseren Standpunkt ändern; auch fügen wir nichts dem hinzu, was wir damals gesagt haben.

Im Senat interpellierte Plehwa den Ackerbauminister über die Aufstellung der von den Mittelmächten gekauften 80 000 Waggons Weizen auf die Landwirte. Der Landwirtschaftsminister Constantinescu antwortete, daß der Zentralausschuß für Ausfuhr die Verteilung auf die großen und die kleinen Landwirte gleichmäßig vornehme.

Silpescu reist nach Rußland.

Bukarest, 3. Februar. (Z. U.) Silpescu war bereits vor längerer Zeit von den Russen zur Besichtigung ihrer Front eingeladen worden, damit er ein klares Bild über den Stand der russischen Armee erhalte. Wie jetzt verlautet, wird Silpescu demnächst nach Rußland abreisen, um sich dort persönlich über den Stand der russischen Armee zu informieren. Die Nachricht wird überall lebhaft besprochen.

Fortdauer der Unruhen in Lissabon.

Madrid, 3. Februar. (Z. U.) „Imparcial“ erhält Nachrichten, die besagen, daß die Unruhen in Lissabon andauern. In der Tabacofabrik hat eine Bombe einen Wächtermeister und zwei republikanische Gardisten getötet. Die Angreifer wurden durch Revolvergeschüsse vertrieben. In anderen Vierteln sind mehrere Bomben explodiert und haben Sachschaden angerichtet. Die Behörden haben Vorsichtsmaßregeln ergriffen. Das Palais des Gouverneurs wird von Militär bewacht. Die Eide der Arbeiterhabitate sind von Truppen umgeben. Die Ausständigen suchen einen Generalstreik herbeizuführen. Der Verkehr der Straßenbahnen ist eingestellt. Alle Verhafteten wurden auf Kriegsschiffen interniert. Die Agitation hat zugenommen in Setúbal, San Pedro, Vortem, Redondo und Montemar, wo der Vortemmeister gefoltert und dann hingerichtet worden ist, ferner in Aguarentes, Vedres, Jolparia und anderen Orten, wo die Menge in die Kornmagazine der Landwirte einbrang und Getreide fortzuschleppte. Truppen sind nach diesen Orten geschickt worden.

Eine sozialistische Friedensresolution im amerikanischen Kongreß.

Der sozialistische Abgeordnete New Yorks Meyer-London brachte im amerikanischen Kongreß die folgende Resolution ein, die nachher vom Senator Lane aus Kalifornien auch dem Senat vorgelegt wurde. Die amerikanische Sozialistische Partei hat ein Komitee bestehend aus den Genossen W. Debs, James H. Maurer und Morris Hillquit mit der Aufgabe betraut, diese Resolution auch noch dem Präsidenten Wilson persönlich zu unterbreiten und ihn auf ihre Wichtigkeit und Dringlichkeit zu verweisen. — Die Resolution lautet:

„Das Volk der Vereinigten Staaten ist zwar neutral, es kann aber doch nicht gleichgültig bleiben gegenüber dem brudermörderischen Kampf, der Europa verwirrt.“

Je länger der Krieg dauert, desto mehr verdrängt das Recht der physischen Gewalt jedes andere Recht und jede andere Regel des menschlichen Verhaltens.“

Der Krieg hat in den Gemütern von Millionen amerikanischer Bürger einen Zustand der Angst hervorgerufen, der die normale Entwicklung dieser Nation gefährdet und die wirklichen Probleme, denen wir zu begegnen haben, durch das absichtlich in die Massen geschleuderte Schlagwort der „Kriegsbereitschaft“ gegenüber einem unsichtbaren und namenlosen Feind verhält.

Wenn sich die gesetzgebende Körperschaft des größten neutralen Volkes, das heute existiert, für die sofortige Einberufung einer Konferenz der neutralen Staaten ausspricht, so wird dies die Hand des Präsidenten der Vereinigten Staaten bei seinem Bestreben stärken, den internationalen Frieden herbeizuführen.

Aus allen diesen Erwägungen möge dem Senat und dem Hause der im Kongreß verammelten Repräsentanten der Vereinigten Staaten von Amerika beschloffen werden, den Präsidenten der Vereinigten Staaten aufzufordern, einen Kongreß der neutralen Staaten einzuberufen, der den kriegführenden Mächten seine Vermittlung anbietet und der bis zur Beendigung des Krieges dauernd tagen soll.

Ferner möge beschloffen werden, daß nach dem Urteil des Senats und des Repräsentantenhauses ein dauerhafter Friede geschlossen werden kann, wenn die folgenden Grundzüge zur Basis der Erörterungen auf dem eben erwähnten Kongreß gemacht werden:

1. Rückziehung der Truppen aus den besetzten Gebieten;
2. Befreiung unterdrückter Nationalitäten;
3. Volksabstimmung in Elsass-Lothringen, in Finnland und Polen über die künftige Staatszugehörigkeit oder Unabhängigkeit dieser Länder;
4. Beseitigung der politischen und bürgerlichen Entrechtung der Juden, wo solche Entrechtung besteht;
5. Freiheit der Meere;
6. allmähliche einverständliche Abrüstung;
7. Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichts. Ingehoriam gegen dessen Urteile soll durch Handelsboikott bestraft werden.“

Letzte Nachrichten.

Ein deutscher Flieger in Gefangenschaft geraten.

Lugans, 4. Februar. (Z. U.) Vierzig Kilometer nördlich von Saloniki wurde nach schwerem Luftkampf ein Albatrossflieger von den Franzosen abgeschossen. Der deutsche Flieger wurde von den Franzosen auf das Kriegsschiff „Cascogne“ gebracht.

Eine Rede Wilsons.

London, 4. Februar. (Z. U.) Die „Times“ meldet aus Washington vom 3. Februar: Wilson sagte in einer Rede in Kansas, die Welt habe das Getreide von Kansas und den anderen großen Ackerbaudistrikten der Vereinigten Staaten nötig, und die Amerikaner hätten das Recht, den friedlichen Bevölkerungszustand zu schützen, wann und wo die Kriegszustände dies nach den gewöhnlichen Bestimmungen des Völkerrechts gelitten. — Der Präsident fuhr fort: Wir haben das Recht, sie mit Baumwolle zu versehen, damit sie sich kleiden können, und haben auch das Recht, ihnen unsere Fabrikate zuzuführen.

Der Korrespondent der „Times“ bemerkt hierzu, diese Worte klingen angeht der mit England schwebenden Meinungsverschiedenheiten sehr ernst. Man müsse aber die Äußerungen des Präsidenten hauptsächlich vom Standpunkte der inneren Politik betrachten. Deshalb brauche man die Reden nicht als Vorboten einer Krise mit England aufzufassen, ebensowenig wie die aufsehenerregenden Bemerkungen über die mögliche Entwicklung der internationalen Lage notwendig auf eine bevorstehende Krise mit Deutschland hinweisen.

Der Mongolenaufstand in China.

Von der schwedischen Grenze, den 4. Februar. (Z. U.) Der „Temps“ bernimmt aus Petersburg: Die Lage in China wird immer beunruhigender. Die japanischen Konvois haben die Entsendung eines Kanonenbootes in Yangtschiang verlangt, da die Sicherheit der Fremden gefährdet sei. Die republikanischen Truppen rücken aus dem Westen von Tsching und dem Süden von Hinnan vor. Die letzteren werden beschligt von General Ten, einem sehr populären Führer, der seine militärische Ausbildung in Japan genossen hat. Es wird bestätigt, daß die Mongolen die chinesische Pauer überschritten haben und gegen Peking marschieren.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Kompetenzkonflikt im Rohrlegergewerbe.

Der Arbeitgeberverband bewachte sich am 27. Dezember 1915 bei dem Obmann der Schlichtungskommission Siering darüber, daß das Gewerbegericht einzelne Klagen von Arbeitern zur Entscheidung annehme und das Erscheinen der betreffenden Arbeitgeber zu diesen Terminen verlange, und daß, obgleich im Tarifvertrag, der unter Mitwirkung des Vorsitzenden des Gewerbegerichts abgeschlossen wurde, die Entscheidung über sämtliche im Rohrlegergewerbe entstehenden Streitfragen der Schlichtungskommission zugewiesen ist. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes stehe nun auf dem Standpunkt, daß das Vorgehen des Gewerbegerichts unmöglich gebilligt werden könne, da es ja dann in das Belieben der Arbeitnehmer und auch der Arbeitgeber gestellt wäre, über Streitfälle da abzuurteilen, wo vielleicht nach ihrer Ansicht eine günstigere Entscheidung für ihre Klagen gefügt wird. Der Vorstand nehme an, daß auch die Vertretung der Arbeitnehmer ein Interesse an dieser Angelegenheit habe und wolle deren Ansicht darüber hören, um eventuell in einer Sitzung der Schlichtungskommission die weiteren Schritte beraten zu können.

Ein Schreiben entsprechenden Inhalts ging auch dem Gewerbegericht zu, das u. a. antwortete:

Wenn auch der § 50 des Tarifvertrages im Rohrlegergewerbe die ausschließliche Zuständigkeit der Schlichtungskommission für die Entscheidung der im § 40 angeführten Streitigkeiten vorsieht, so müssen wir doch alle bei uns eingehenden oder vorgebrachten Klagen um so mehr annehmen, als es sich unserer Kenntnis entzieht, ob die Kläger dem Metallarbeiterverbande angehören oder nicht; nur wären die Auslassungen des Arbeitgeberverbandes bei Entscheidungen solcher Klagen zu berücksichtigen.

In seinem neuerlichen Schreiben verwies der Arbeitgeberverband darauf, daß der jetzt gültige Tarifvertrag im Rohrlegergewerbe nach dem Vertragswillen öffentlicher Vertrag sei, und zwar für alle Rohrleger Berlins. Der Arbeitsnachweis vermittele allen Organisierten und Nichtorganisierten Arbeit, die sich als Mitglieder der Tarifgemeinschaft im Rohrlegergewerbe erklären, und die Schlichtungskommission schlichte auch die Streitigkeiten zwischen nichtorganisierten Arbeitgebern und -nehmern der Tarifgemeinschaft. Einzelne Kammern des Gewerbegerichts hätten sich ja auch für unzuständig erklärt und alle Klagen an die Schlichtungskommission verwiesen. In dem noch weiter gepflogenen Briefwechsel erklärten die Beschwerdeführer immer wieder, daß es unmöglich den Klagen überlassen bleiben könne, bei welcher Instanz sie ihr Recht suchen wollen. Die Schlichtungskommission sei und bleibe die einzige maßgebende Instanz, auf diesem Grundsatze fuße der ganze Vertrag.

In einem Schreiben Sierings als Vertreter der Arbeiter an das Gewerbegericht spricht dieser die dringende Bitte aus, im Interesse eines gedeihlichen Zusammenarbeitens alle für die Schlichtungskommission im Rohrlegergewerbe zuständige Klagen lediglich durch die Schlichtungskommission zur Entscheidung zu bringen. Die Arbeitnehmer schlossen sich dem Ersuchen des Arbeitgeberverbandes fast ausnahmslos an. Sie bemerkten aber dabei gleichzeitig, daß natürlich der Schlichtungskommission im Rohrlegergewerbe nur alle diejenigen Klagen unterstellt werden können, die entweder von Firmen, die der Tarifgemeinschaft unterstehen, gegen ihre Arbeiter angestrengt werden, oder aber von Arbeitern, die bei Firmen der Tarifgemeinschaft arbeiten, gegen diese Firmen angestrengt werden. Nach wie vor mühten vor der Zuständigkeit der Schlichtungskommission Klagen auszuheben für diejenigen Firmen und deren Arbeiter, welche nicht der Tarifgemeinschaft unterstehen. Das Berliner Gewerbegericht gerate dadurch in gar keine Schwierigkeiten, habe auch gar nicht nötig, zur Feststellung, ob der Arbeitgeber der Tarifgemeinschaft unterstehe oder nicht, erst im Bureau des Nacharbeiternachweises Nachfragen zu halten, sondern die Klageannahme des Gewerbegerichts ersehe die Zuständigkeit schon aus dem Verzeichnis der Firmen, die der Tarifgemeinschaft unterstehen. Das gegenwärtig noch gültige Verzeichnis dieser Firmen gestalte er sich als Vertreter der Arbeiter in drei Exemplaren beizufügen. Lediglich diese Firmen und ihre Arbeitnehmer unterstehen dem Schlichtungsbereich der Schlichtungskommission und haben die Arbeiter dringend, bei Klagen dieser Firmen oder deren Arbeiter, diese darauf aufmerksam zu machen, daß für sie die Schlichtungskommission maßgebend ist. In ähnlichen Fällen wären die Gewerbegerichte der Berliner Vororte ausnahmslos in diesem Sinne vorzugehen. Das Gewerbegericht antwortete hierauf, daß es keinen Anlaß habe, seinen Standpunkt zu ändern.

Dieser Darstellung des Sachverhalts, die Siering in einer Verammlung der Rohrleger gab, fügte Rechner noch die Hoffnung hinzu, daß das Gewerbegericht nicht in die Lage kommen möge, von diesem Standpunkt Gebrauch zu machen.

Zu dem Bericht der Rohrlegerversammlung ist zu bemerken, daß es sich um die Königlich Preussische Fabrik handelt, wofolbst die Firma & Fr. die Rohrlegearbeiten ausführt; nur mit dieser letzteren lagen Differenzen vor.

Achtung, Klempner!

In einer am Sonntag, den 30. Januar d. J., stattgefundenen Konferenz der Vertrauensleute ist einstimmig beschlossen, den Tarifvertrag nicht zu kündigen.

Der letzte Kündigungsfrist war der 1. Februar d. J. Da bis zu diesem Termin bei uns keine Kündigung der Arbeitgeber eingelaufen ist, wird damit ohne weiteres der Tarifvertrag für die Klempner Berlins bis zum 31. März 1917 verlängert.

Achtung, Rohrleger und Helfer!

Der Tarifvertrag für das Rohrlegergewerbe Berlins und Umgegend läuft ebenfalls um zunächst ein Jahr weiter und zwar entsprechend der Bestimmung des Tarifs, wonach der Vertrag um ein Jahr verlängert wird, wenn nicht mindestens zwei Monate vor Ablauf (1. April 1916) Anträge auf Abänderungen bei der Schlichtungskommission eingelaufen. Anträge sind von keiner Seite eingelaufen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Maschinisten und Helfer und der Krieg.

In einer allgemeinen Vertrauensmännerversammlung der Maschinisten und Helfer führte der Zentralvorsitzende des Verbandes Schöffel aus: Zu Anfang des Krieges war dessen Lage nicht sehr glänzend, um so weniger, als gerade die auf dem Leipziger Verbandstag beschlossene Vertragserhöhung in Kraft getreten war. Der Verband hatte sich sofort gelagt, daß an eine geregelte laufende Unterstützung der Kriegstruppen nicht zu denken sei. Die erste Sorge galt den Erwerbslosen und Ausgewiesenen, insbesondere den ausgeleiteten Kranken. Obgleich die Arbeitslosigkeit nicht so außerordentlich groß war, mußten doch erhebliche Summen ausgezahlt werden, bis 30. September v. J. an Arbeitslose 88 000 M., außerdem an Kriegstruppen 72 000 M. als Rohstandsunterstützung. Für die zurückbleibenden Arbeiter wird in der Weite geistert, daß sie in ihre alten Berufe einrücken, die Ausgewiesenen und nicht Unterstützungsberechtigten bekommen eine Unterstützung noch vier Wochen lang nach ihrer Rückkehr.

Nach dem Kriege dürfte vorerst mit einer großen Arbeitslosigkeit zu rechnen sein. Zu begrüßen ist, daß die Mitglieder eingesehen haben, daß die Bedürfnisse der Leistung betreffs Einschränkung der Unterstüßungseinrichtungen notwendig waren.

Das Verbandsvermögen hat sich während des Krieges nicht verringert, sondern sogar noch etwas erhöht, dank der Einsparung der Mitglieder. Die meisten Krieger werden wohl dem Verband treubleiben. Der Verband wird große Ausgaben zu bewältigen haben. Sorge für Arbeit Sorge für die Kriegsschädigten, damit diese den Tarifen entsprechend entlohnt werden. Auch die eigentlichen Aufgaben einer Gewerkschaft dürfen nicht außer acht gelassen werden.

Notwendig ist es aber, zusammenzuhalten. Die Gewerkschaften haben ihre Pflicht getan, nicht um Anerkennung zu heischen, sondern als Selbstverständlichkeit, weil es in ihrem Wesen begründet ist. Trotz Aushebung der Streikunterstützung ist doch für Verbesserung und Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gewirkt worden. Anerkennung muß werden, daß die Militärbehörden in objektiver und energischer Weise in diesem Sinne eingetreten sind und selbst das Koalitionsrecht gegen einzelne Unternehmer in Säug genommen haben. Andererseits haben die Gewerkschaften dem Staate große Dienste geleistet.

Eine Diskussion schloß sich dem Vortrag nicht an. Es wurde dann noch mitgeteilt, daß die in Brauereien beschäftigten Arbeiter eine Erhöhung der Feuerungszulage von 10 M. auf 20 M. verlangt hatten. Der Verband der Brauereien hat aber nur eine Erhöhung von 10 M. auf 15 M. pro Monat beschlossen. Die ringfreien Brauereien sind ermahnt worden, sich dem Beschlusse anzuschließen. Der Verband hat teilte mit, daß die Arbeiter 20 M. haben wollen, und zwar von allen Brauereien.

In der Diskussion wurde ausgeführt, daß, wenn die Brauereien sich weigerten, der Forderung zu entsprechen, es ja noch andere Arbeit gäbe.

Ferner wurde Klage geführt, daß der Staats- und Gemeindearbeiterverband das bei der V. E. B. beschäftigte Maschinen- und Kesselpersonal für sich beanspruche. Die Angelegenheit wird die Gewerkschaftskommission beschäftigen. Schöffel gab der Hoffnung Ausdruck, daß es zwischen den beiden Verbänden, die darauf angewiesen sind, mit- und nebeneinander zu wirken, zu einer gütlichen und verständigen Einigung kommen werde.

Die Bäcker Berlins im Jahre 1915.

Der Jahresbericht der Berliner Verwaltung des Bäckerverbandes erwähnt in erster Linie, daß das Verbot der Nachtarbeit durch Bundesratsverordnung vom 15. Januar 1915 eine alte Forderung der Bäcker erfüllt und daß die Befristung, die die Pflicht des Verbotes werde schädigend wirken, sich als unbegründet herausgestellt habe. Die Verordnung vom 25. Januar 1915, welche das Produktionsquantum der Bäckereien festlegte, hatte zunächst eine stärkere Arbeitslosigkeit zur Folge, die aber nur von kurzer Dauer war, denn die Einziehungen zum Heere minderten die Zahl der Arbeitskräfte. — Im Jahre 1914 hatte der Verband von seinen Mitgliedern verlangt, daß sie bei ihren Lohnforderungen nicht über den Tarif hinausgehen sollten. Dieser Standpunkt ließ sich im Jahre 1915 wegen der rapiden Steigerung der Lebensmittelpreise nicht mehr aufrechterhalten. Der Mangel an Arbeitskräften ermöglichte es den Bäckern, höhere Löhne zu fordern. Es ist denn auch eine allgemeine Erhöhung der Löhne eingetreten. Durch eine Erhebung, welche der Verband im November und Dezember 1915 veranstaltete, die sich aber nur auf den zehnten Teil aller Bäckereien erstreckt, ist festgestellt, daß die Löhne im Vergleich zu dem Stand, den sie vor dem Kriege hatten, wöchentlich eine durchschnittliche Steigerung erfahren haben von 12,35 M. bei den Ofenarbeitern,

9,98 M. bei den zweiten Gelehen, 10 M. bei den dritten Gelehen, 7 M. bei den vierten Gelehen. Hierbei ist aber zu beachten, daß in den meisten Fällen die Arbeitszeit verlängert oder die Zahl der Gelehen im Betriebe vermindert wurde, so daß auf den einzelnen Gelehen eine größere Arbeitsleistung kommt. — Nach der Statistik des statistischen Arbeitsnachweises, die sich über das ganze Jahr erstreckt, betrug die durchschnittliche Steigerung des Wochenlohnes gegen das Vorjahr bei den Ofenarbeitern 14,02 M., bei den Aemtern 9,47 M., bei den dritten Gelehen 7,30 M. Nach derselben Statistik betrug der durchschnittliche Wochenlohn für:

	1915	1914
Dritte Gelehen	34,85 M.	27,55 M.
Aemter	39,60	30,13
Ofenarbeiter	47,—	32,98

Bei den Konditionen trat infolge der Bundesratsverordnung über die Einschränkung des Verbands von Weizenmehl zu Anfang des Jahres eine vorübergehende Arbeitslosigkeit, der aber aus demselben Gründen, die hinsichtlich der Bäcker angeführt wurden, ein Mangel an Konditorgehilfen für Backgeschäfte folgte. Das führte nach und nach zur Einstellung weiblicher Arbeitskräfte, welche angelernt wurden und zum Teil in Gruppen unter der Leitung eines Kochmanns arbeiteten. Im August wurde festgestellt, daß in vierzehn großen Konditorien 71 Posten, welche vor dem Kriege gelernter Konditoren innehalten, von weiblichen Arbeitskräften besetzt waren. Die gewerkschaftlichen Stellenvermittler waren ständig bemüht, junge Konditorgehilfen, die von der Lohnsteigerung in Berlin nicht wußten, von auswärts, meist aus Ostpreußen und Dänemark, heranzuführen. Dadurch wurde ein gewisser Druck auf die Löhne der Konditorgehilfen ausgeübt, deren Steigerung denn auch hinter der der Bäckerlöhne zurückblieb.

Die Schokoladen- und Zuckerverfabriken hatten im allgemeinen eine gute Konjunktur. Auch in dieser Branche wurden weibliche Arbeitskräfte in größerer Zahl als sonst eingestellt. In 38 Fabriken stieg die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte vom Juli 1914 bis Juli 1915 von 2892 auf 4097, während die Zahl der männlichen Arbeitskräfte in derselben Zeit von 1395 auf 681 zurückging, 290 Arbeitsstellen, welche früher gelernter Männer inne hatten waren im Juli von weiblichen Arbeitskräften besetzt. Die Wochenlöhne betragen zu dieser Zeit für Pfefferkuchler 40—45 M., Laboranten 45—50 M., Laboranten in leitender Stellung 50—60 M., Bonbonkocher 50—60 M., Bonbonkocher in leitender Stellung 100 M. und mehr. Die Firmen Sarotti und Stollwerck zahlen trotz der teuren Zeit für jugendliche Arbeiterinnen 7,50 M. Wochenlohn einschließlich Feuerungszulage. Auch sonst entsprechen die Löhne der Arbeiterinnen, die sich durchschnittlich auf 12—14 M. wöchentlich belaufen, nicht den Verhältnissen.

Die Zahl der Berliner Mitglieder belief sich Ende 1914 auf 2333 und ging bis Ende 1915 auf 1183 zurück. Andererseits sind aber trotz der sehr geringen Agitationsmöglichkeit 472 Neuaufnahmen gemacht worden. Die Kostenverhältnisse sind im allgemeinen befriedigend. Für Unterstüßungszwecke wurden 24 206 M. ausgegeben.

Die am Dienstag abgehaltene Generalversammlung nahm den Jahresbericht ohne Debatte entgegen und wählte die bisherige Ortsverwaltung (Agitationskommission) einstimmig wieder. Ein Mitglied der Verwaltung, Richter, lebte die Wiederwahl mit folgender Begründung ab: Das Verbandsorgan habe in einem Artikel, welcher die Ablehnung der Kriegskredite durch die Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tabelte, in den Parteistreit eingegriffen, und zwar in einem Sinne, welcher der Ansicht der Berliner Verbandsmitglieder nicht entspricht. Richter glaubt, der in diesem Artikel vertretene Standpunkt werde vom Verbandsvorstand und von der Berliner Verwaltung geteilt, deshalb könne er in dieser nicht mehr mitarbeiten. — Diese Ansicht Richters wurde vom Gauleiter Heyrichold, dem Vorsitzenden Schneider und dem Kassierer Barth als irrig bezeichnet. Die Redner führten aus: Die Verwaltung halte es nicht für angebracht, zu den gegenwärtigen Parteidifferenzen aggressiv Stellung zu nehmen. Daß die Verwaltungsmitglieder den in dem erwähnten Artikel erwähnten Standpunkt nicht teilen, hätte Richter eigentlich wissen müssen, wenn auch die Verwaltung als solche sich an den politischen Streitigkeiten nicht beteilige und aus naheliegenden Gründen nicht beteiligen könne. Sie wüßte, daß der politische Streit außerhalb der Gewerkschaften zum Austrag gebracht werde. Kein Mitglied der Verwaltung gehöre zu denen, von denen Richter sage, sie wüßten die Verumpfung der Gewerkschaften fördern. Später, wenn erst jeder wieder reden könne, wie er wolle, werde sich zeigen, wie klein die Zahl derjenigen sei, durch deren Verhalten eine Verumpfung der Gewerkschaften herbeigeführt werden könnte. Uebrigens würden die Unternehmer durch ihr Verhalten den Arbeitern schon zeigen, wofolbst sie gehören. — Dem Redakteur des Verbandsorgans sei bereits mit aller Deutlichkeit gesagt worden, daß der betreffende Artikel den Ansichten der Berliner Kollegen nicht entspreche. Sollte das Verbandsorgan noch einmal in dieser Weise in den Parteistreit eingreifen, dann werde die Berliner Verwaltung offiziell Protest dagegen einlegen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 6. Februar 1916, vormittags 9 Uhr, Doppel-Abend 15/17; Neudölln, Reichs-Passage; Tegele, Bahnhofstr. 15, und Ober-Schöneberg, Altkirchstr. 2; Freireligiöse Vorlesung — Vormittags 11 Uhr, Kleine Franzosenstr. 6; Vortrag des Herrn Dr. R. V. Sange: „Philosophische Denksprüche und Scheinprobleme“.

Arbeiter-Zamariterbund. Kolonne Groh-Berlin. Lehrstunde haben nächste Woche, abends 8 1/2 Uhr, II. Abt. Zwinemünder Str. 43 Gesellschaftsraum. Montag, den 7. Februar, V. Abt. Neudölln, Reichs-Passage 8, Reichs-Passage, Restaurant, Freitag, den 11. Februar, Vortrag von Dr. Wolf und Bundesvorsitzenden E. Stein. Nach dem Vortrag praktische Verhandlungsübungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

A. Jandorf & Co.

Belle-Alliancestr. Gr. Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdortlerstr.

Gemischte Marmelade
aus Frisch-Obst mit Raffinade.
leicht gefärbt
1 Pfund **45** Pfl.

Lebensmittel

Verkauft nicht an Wiederverkäufer Sowelt Vorrat Zusendung ausgeschlossen

Pflaumen-Marmelade
mit Zusatz von Apfelmarmelade u. K. Kristallzucker
1 Pfund **55** Pfl.

Wurstwaren

Rot- od. Zwiebelwurst (1000g, Art) 1.40
Landleberwurst (1 Pfund) 1.70
Säulwurst (1 Pfund) 1.50
Jahdwurst (1 Pfund) 2.10
Mettwurst (Braunschw. Art) (1 Pfund) 2.40
Teewurst (1 Pfund) 2.90

Frische Schollen 45 Pfl.

Obst und Gemüse

Mandarinen (1 Pfund) 48 Pfl.	Rote Essäpfel (1 Pfund) 25 Pfl.	Spinat (1 Pfund) 25 Pfl.
Apfelsinen (Dutzend) 65 Pfl.	Kochäpfel (1 Pfund) 18 Pfl.	Schwarzwurzeln (1 Pfund) 18 Pfl.
Blut-Äpfel (Dutzend) 95 Pfl.	Weisskohl (dänischer), (1 Pfund) 10 Pfl.	Zwiebeln (holländische), (1 Pfund) 20 Pfl.
Zitronen (Dutzend) 55 Pfl.	Wirsingkohl (holländischer), (1 Pfund) 16 Pfl.	Mohrrüben (1 Pfund) 8 Pfl.
Maronen (1 Pfund) 28 Pfl.	Rotkohl (holländischer), (1 Pfund) 20 Pfl.	Rosenkohl (1 Pfund) 40 Pfl.
Kranzfeigen (1 Pfund) 65 Pfl.	Kohlrüben (1 Pfund) 5 Pfl.	Rhabarber (1 Bund) 15 Pfl.

Räucherwaren

Sprotten (1 Pfund) 95 Pfl.
Sprottsäcklinge (1 Pfund) 85 Pfl.
Bücklinge (3 Stück) 35 Pfl.
Makrelen-Bücklinge (3 Stück) 35 Pfl.
Goldfische (1 Dutzend) 35 Pfl.
Sardinen in Öl (1 Dose) 75 Pfl.

Kräuterheringe 70 Pfl.

Berantw. Redakt.: Alfred Bielew, Reußlin. Inseratenteil verantw. Ed. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Bornmärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Sand einer Arbeit über „Die Industrie Bulgariens“ diese Verhältnisse eingehend und kommt zu folgendem Ergebnis:

Wenn es gelingen sollte, in Zukunft vor allem die Kohlen-gewinnung erheblich in Bulgarien zu steigern, so wäre es sicher möglich, daß die bulgarische Industrie und ihre einzelnen Zweige noch erheblich in ihrer Leistungsfähigkeit gefördert werden würde. Gegenwärtig ist die große Mehrzahl der bulgarischen Industrie-zweige trotz bemerkenswerter Ansätze noch nicht allzuweit über das Anfangsstadium hinaus, wo man nur für den Inlandsmarkt arbeitet, gedeiht, und der Krieg dürfte diese Entwicklung nach mancher Richtung hin ebenfalls etwas verzögern, wobei aller-dings zu beachten bleibt, daß unter Umständen das Absatzgebiet der bulgarischen Industrie durch die Verbreiterung des inneren Marktes beim Friedensschluß nicht unerheblich erhöht werden könnte. Das deutsche Kapital hat bisher Bulgarien nur verein-zelt sein Interesse zugewandt. Auch hierin dürfte aber die Gegen-wart zum Vorteil beider Länder in absehbarer Zeit mancherlei ändern, wenn Bulgarien dazu übergehen wird, nicht nur militärisch und politisch, sondern auch wirtschaftlich den Anschluß an „Mitel-europa“ dauernd zu vollziehen.

Es wird sich also für die deutsche Industrie darum handeln, Bulgarien in seiner Entwicklung zu unterstützen auf die Gefahr hin, daß es sich namentlich im nahen Orient zu einem Kon-kurrenten ausbildet. Die Kraft der deutschen Industrie und ihre Zukunft auf dem Weltmarkt kann nicht in der Unterdrückung fremder Industrien und der Herabminderung der Produktions-kraft befremdeter Staaten liegen, sondern nur in dem Umstande, daß sie dauernd den Wettbewerbern in der Organisation und in der Verfeinerung der Arbeit und der Arbeitsmethoden ein gutes Beispiel voran ist. Darauf beruht ja auch ihr Sieg — namentlich im Gebiet der Chemie — England gegenüber. . . .

Weitere Preiserhöhung für Glühstrümpfe.

Alle Glühstrümpffabrikanten haben in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Fachverbände eine weitere Erhöhung der Ver-laufspreise beschlossen. Die Preise im Kleinhandel werden eine Er-höhung erfahren, die gegenüber den Detailpreisen vor dem Kriege je nach Qualität 15 bis 20 Pf. pro Stück betragen wird.

Der Wert der Krone. Der Wiener Umrechnungskurs für Zahlungen nach dem Deutschen Reich wurde bis auf weiteres mit hundert Mark gleich 145,50 Kronen festgesetzt.

Aus Groß-Berlin.

Auf dem Fernbahnsteig.

Hat auch das Leben auf den Berliner Fernbahnsteigen während der Kriegszeit in gewisser Beziehung seinen inter-nationalen Charakter eingebüßt, das Hasten und Treiben auf den Bahnsteigen ist deshalb nicht minder eindrucksvoll und abwechslungsreich. Das rollende Wagenmaterial führt Tausende täglich der Reichshauptstadt zu und ebenso viele drängen sich vor Abfahrt der Züge durch die Sperre, um nach Möglichkeit für die oft viestündige Fahrt einen Sitzplatz zu erwischen. Aber all dem Gewimmel fehlt die frühere — oft humorvolle — Note.

Dies hat seine Ursachen in dem ersten Grundton unserer Zeit. Nicht, daß man hier ausschließlich düstere und sorgen-volle Gesichter sehe. Diese trifft man mehr oder weniger überall an. Man kann sogar freudige und aufrichtig fröh-liche Mienen wahrnehmen; allerdings nicht in der Mehrzahl. Jeder D-Zug, der nach tausender Fahrt aus dem Westen oder Osten auf den Berliner Bahnsteigen einläuft, bringt von den Fronten eine Anzahl Heimatsurlauber mit, und diese sind es, in deren gebräunten und verwitterten Gesichtern die helle Freude leuchtet. Tausend unglückliche Mienen und Ent-behrungen, so manche überstandene Todesgefahr sind vergessen in dem Augenblick, wo man nach langen, langen Kriegs-monaten wieder heimatlichen Boden unter den Füßen fühlt. Einige haben ihre Ankunft von irgend einer Station aus telegraphisch angemeldet. Hier und da zwängt sich suchenden Auges ein junge Frau durch das Gedränge. Jetzt erblickt sie ihn, sie ruft und mit ausgebreiteten Armen fliegen sie aufeinander zu; er bepackt mit schwerem Gewehr, dem vollen Tornister und einigen Paketen, die wohl so manches liebgeordnete Andenken enthalten, sie von harter Arbeit und den Sorgen leicht und abgehärtet. Sehnenlang halten sie sich umfangen, denn der hastende Menschenstrom drängt weiter. Aber aus beider Augen strahlt die Glückseligkeit.

Andere wieder schwellen im Vorgefühl der Ueberraschung, die ihr plötzliches Kommen den gänglich unvorbereiteten An-gehörigen bereiten wird. Was werden die Frau und die Kinder, die Mutter, die Braut wohl sagen? Noch eine kurze Frist und die Anmeldung auf der Bahnhofskommandantur ist erledigt. Dann verschwinden die angekommenen Feldgrauen nach allen Richtungen der Windrose und tauchen für einige Tage im Strudel des Berliner Lebens unter. —

Auf dem anderen Bahnsteig, wenige Schritte vom eben eingelaufenen Zuge entfernt, stehen die Wagen des in einigen Minuten abfahrenden D-Zuges. Die Endstation befindet sich in eroberten Gebiet, einige Begegnungen von der eigentlichen Kampffront entfernt. Infolgedessen herrscht unter den Passagieren das selbige Element vor; meistens Heimats-urlauber, welche die Reise zur Front, zu neuen mühseligen Kämpfen antreten. Soweit sie sich auf der Durchreise be-finden, haben sie bereits in den „für Militärpersonen“ bestimmten Wagen Platz genommen. Sie haben den ge-fürchteten Abschied schon hinter sich. In den Gepäcknetzen sind Tornister, Kisten und Kasten verstaubt, und in drangvoll fürchterlicher Enge wird geraucht und von den entschwundenen Freuden und Amehmlichkeiten des Heimatsurlaubes ge-plaudert.

Unaufhaltsam rückt der Zeiger vor. Die Zeit ist kostbar auf dem Bahnsteig. Aus den Wagenfenstern, von den Trittbrettern herab werden mit den Angehörigen Gespräche ge-führt, deren Wichtigkeit mit der fortschreitenden Zeit zunimmt. Man weiß ja nicht, ob man sich wiedersehen wird. Und dabei überall das gleiche Bestreben, sich gegenseitig den Abschied nicht zu schwer zu machen.

„Fertig!“ tönt eine scharfe Stimme über den Bahnsteig. Die Türen klappen zu, die Maschine ruckt an. Noch einmal finden sich die Hände im kräftigen Druck, noch einmal be-gegnen sich die feuchten Augen. Von zuckenden Lippen klingt ein letztes Lebewohl, während die Wagen aus der Halle rollen.

Zimmer kleiner werden die winkenden Mienen und Lächer in den Fenstern des dahoneilenden Zuges. So lange er noch in Sicht ist, flattern auch auf dem Bahnsteig die wehenden Lächer als letzte Abschiedsgrüße dem Gatten, dem Sohn, dem Geliebten nach. Die zitternde, blutleere Hand der Greisin, die abgearbeitete schwielige Hand der jungen Frau, das zarte Kinderhändchen, sie alle winken dem in der Ferne um eine Gleisbiegung verschwindenden Zuge nach. Langsam leert sich der Bahnsteig und aus dem Knäuel der sich durch die Sperre Drängenden tönt leises Weinen und jammriges Schluchzen. —

Täglich sind dieselben Bilder, die mit der Pünktlichkeit der ein- und abfahrenden Züge laledostopartig an unserem Auge vorüberziehen. Hier wirken sie, von der Sonne des Wiedersehens verklärt, versöhnend auf das empfängliche Ge-müt ein und dort durch die Bismut und den Schmerz des Abschiedes erschütternd. Nirgends im öffentlichen Leben tritt die Schwere unserer Zeit so in die Erscheinung wie auf dem Bahnhof. Wie lange noch?

Arbeiterbildungsschule. Es sei nochmals daran erinnert, daß heute Sonnabend, den 5. Februar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, der acht Abende umfassende Kursus des Genossen Emil Eich-horn über die Nationalitätenfrage beginnt.

Die Speisung bedürftiger Schulkinder.

Die Speisung bedürftiger Schulkinder betraf eine Magistrats-vorlage, die in der geheimen Sitzung der Berliner Stadtverordneten-versammlung erlegt wurde. Infolge des Krieges mußte die für Schulspeisung vorgesehene Ausgabe von 300 000 M. erheblich über-schritten werden. Bereits im September war die bewilligte Summe voll verbraucht und allein im Oktober waren 110 000 M. mehr als angelegt ausgegeben. Es mußte eine Nachtragsvorlage gemacht werden, welche die Bewilligung der Mehrausgaben von 300 000 M. forderte. Diese Summe dürfte bis zum 31. März nicht ausreichen, um das Bedürfnis zu decken. In diesem Falle wird der Magistrat die weiteren Kosten noch einmal anfordern müssen. In der Stadtverordnetenversammlung herrschte Einigkeit darüber, daß die Kosten für die Schulspeisung zu bewilligen seien. Bei dieser Gelegenheit wurde auch das Verhältnis der Stadt zu dem Verein der Kindervolksküchen erörtert. Der Verein stellt be-läufiglich die Speisen her und verabfolgt das Essen auch an die Schulkinder. Die Stadt zahlt für die Portion 15 Pf. an den Verein. Ueber die Verhandlungen in der geheimen Sitzung der Stadtver-or-dneten berichtet nun der „Köln-Anzeiger“:

„In der geheimen Sitzung der Stadtverordneten erstattete Stadtvorordneter Rosenow Bericht über die Ausführbearbeitungen wegen Nachbewilligung von 300 000 M. für die freie Mittags-speisung bedürftiger Volksschulkinder. Wie man weiß, wird diese Speisung von privater Seite aus besorgt, und die Stadt gewährt dem Verein, der sie ausführt, einen beträchtlichen jähr-lichen Zuschuß. Die Debatte gestaltete sich, wie wir hören, ziemlich lebhaft, und von verschiedenen Rednern wurde bemängelt, daß die Ueberflüssigkeit, die der Verein über seine Geschäftsführung gibt, keinen klaren Einblick in die Verwaltung gestattet. Gleichzeitig wurde wieder die Forderung erhoben, die Schulspeisung ganz zu ver-stärken; das koste zwar mehr, aber man wisse doch, was man hat. Hierzu wurde erklärt, daß man augenblicklich nicht die Ver-stärkung durchzuführen könne, weil dazu eine ganz neue Organi-sation notwendig sein würde. In der jetzigen Zeit sei das aber unmöglich. Es blieb also unter diesen Umständen nichts weiter übrig, als die 300 000 M. zu bewilligen, was denn auch geschah.“

Und die „Morgenpost“ berichtet:

„Die Vorlage des Magistrats, dem Verein für Kindervolks-küchen noch 300 000 M. als Beihilfe zur unentgeltlichen Mittags-speisung bedürftiger Volksschulkinder zur Verfügung zu stellen, gab in geheimer Sitzung Anlaß zu lebhaften Debatten, die auch die Geschäftsführung des genannten Vereins betrafen. Die Sozial-demokraten forderten entschieden, daß die Schulspeisung von der Stadt übernommen werde. Demgegenüber wurde aber geltend gemacht, daß der Verein die gesamte Einrichtung der Schulspeisung und die notwendige Organisation besitzt, die man jetzt nicht neu beschaffen könne. Die 300 000 Mark wurden, wie wir hören, schließlich bewilligt. Die Stadt sichert sich aber größere Rechte auf die Verwaltung des Vereins.“

Diese Berichte sind in der Hauptsache falsch. Wohl sind die ge-forderten 300 000 M. bewilligt worden, was aber das Verhältnis der Stadt zu dem Verein betrifft, so liegen die Dinge anders als berichtet. In der Stadtverordnetenversammlung herrscht voll-kommene Einmütigkeit darüber, daß die Schulspeisung einem Verein nicht überlassen werden kann. Und deshalb hat die Stadtver-or-dneterversammlung am Donnerstag beschlossen, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, nach der die Schulspeisung im Eigen-betrieb der Stadt erfolgt. Dieser Antrag war in einem Ausschuß von allen Mitgliedern gestellt und ihm wurde am Donnerstag auch einstimmig zugestimmt. Man sieht, wie manchmal berichtet wird.

Petition gegen das geplante Schätzungsamt.

In Sachen eines Schätzungsamts-Gesetzes hat der Magistrat Berlin eine Petition an das Haus der Abgeordneten gerichtet und darin gebeten, § 13 des Gesetzesentwurfes dahin abzuändern, daß für die Stadt Berlin ein eigenes Schätzungsamt errichtet werde.

Der Entwurf seinerseits sieht ein besonderes Schätzungs-amt für den Verband Groß-Berlin vor. Die Mitglieder dieses Schätzungsamtes (die Schätzer) soll der Verbands-ausschuß ernennen. Hierdurch würde Berlin, im Gegen-satz zu den anderen Großstädten Preußens, in denen die Entwicklungsverhältnisse ähnlich liegen, in eine Sonderstellung gedrängt, in der es von der Selbstverwaltung bei Einrichtung der Schätzungsämter ausgeschlossen ist. Der Zweckverband — im Verbandsauschuß sehen Berlin nur 6 von 19 Stimmen zu — würde die für den Berliner Grundbesitz maßgeblichen Schätzungsabteilungen mit den von ihm als geeignet er-achteten Schätzern besetzen. Die Lagen der Verbands-Schätzer würden, sobald nach der Absicht des Entwurfs die Zwangs-gattungen für die Beleihungen der Hypothekenbanken, der Ver-sicherungsanstalten, der Berliner Sparkasse und der Berliner Pfandbrief-Institute eingeführt sind, schlechthin für die Kredit-verhältnisse Berlins maßgebend sein. Berlin würde zwar über die Person der Schätzer gehört werden, hat aber keine entscheidende Stimme und auch kein Mittel zur Zurückweisung der Ernennungen.

Es ist in der Petition darauf hingewiesen, daß die Ver-hältnisse des Berliner Grundbesitzes in mannigfachen recht-lichen und tatsächlichen Beziehungen ganz verschieden liegen von denen des übrigen Zweckverbandsgebietes; daß Berlin seit mehr als einem Jahrhundert bereits ein eigenes Schätzungsamt für den städtischen Grundbesitz hat, und zwar in der städtischen Feuerzweigleitung, daß die Entwicklung für Berlin also auf eine organische Verbindung des neuen Schätzungsamtes mit dieser Stelle hinweist; daß Berlin ferner im Berliner Pfand-brief-Institut ein besonderes Grundkreditinstitut be-sitzt für sein Reichsbild, mit eigenen Lagen von mindlicherer Geltung; daß endlich sowohl die bauliche Entwicklung Berlins wie die Entwicklung seiner Grundbesitzwerte eine ganz andere ist wie sonst im Gebiet des Zweckverbandes. Dort befindet sich vornehmlich das Feld der Bodenspekulation, dort sind vor-nehmlich die Spekulationswerte neuester Zeit zu finden, gegen die der Gesetzesentwurf ankämpfen will. In Berlin hat der Grundbesitz — von wenigen Ausnahmen, die mit der City-bildung zusammenhängen, abgesehen — in altgeschicht-licher Entwicklung den Charakter eines Renten-, eines Ertragswertes angenommen, der der Spekulation keinen Reiz bietet.

Die Organisation der städtischen Gaswerke.

Der Magistrat hat beschlossen, der Direktion der städtischen Gaswerke eine ähnliche Organisation zu gewähren, wie der Direktion der Städtischen Elektrizitätswerke, und zur Beauf-sichtigung der beiden Werke einen gemeinschaftlichen Aufsichts-rat einzusetzen. Eine Vorlage hierüber wird den Stadtver-ordneten alsbald zugehen.

Briefsendungen nach dem Auslande.

Um die Versendung von Waren, deren Ausfuhr verboten ist, in Briefsendungen zu verhüten, ist angeordnet worden, daß von jetzt ab alle Briefsendungen nach dem Auslande, in denen Waren enthalten sind (also auch alle Warenproben), auf der Aufsichtseite die genaue Angabe des Inhalts und die Adresse des Absenders tragen müssen. Sendungen, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, werden den Absendern zurückgegeben oder, falls dies nicht möglich ist, nach den Vorschriften für unbestellbare Postsendungen behandelt.

Waren, deren Ausfuhr verboten ist, können in Briefsendungen nach dem Auslande nur versandt werden, wenn den Absendern vom Reichsfinanzler (Reichsamt des Innern) eine besondere Ausfüh-rbewilligung erteilt worden ist, die auf eine bestimmte Stückzahl von Briefsendungen unter Angabe des Höchstgewichts der einzelnen Sendung lautet. Solche Briefsendungen müssen unter Vorlegung der Ausführbewilligung bei den Postanstalten eingeliefert werden, die in der Bewilligung die abgegebene Stückzahl vermerken. Im Falle der gleichzeitigen Einlieferung aller zugelassenen Sendungen oder bei Einlieferung der Restsendung wird die Ausführbewilligung von der Postanstalt zurückbehalten.

Zu der Vergiftungsaffäre in der Hohenstaufenstraße.

Die am gestrigen Freitag nachmittag vorgenommene Obduktion der Leichen der Bäckermeister Weiner und Scheer hat zu einem ganz überraschenden Resultat geführt. Wie jetzt von den Gerichtsärzten mit ziemlicher Sicherheit angenommen wird, sind die beiden Bäcker-meister nicht infolge einer Vergiftung durch Nahrungsmittel ge-storben, sondern sie haben den Tod durch Kohlenoxydgas gefunden. Das Zimmer, in welchem die drei Männer Abendbrot aßen und Skat spielten, liegt hinter dem Laden und ist ziemlich klein. Ein eiserner Ofen war darin aufgestellt, der nach-mittags geheizt worden war. Beim Aufschütten neuer Kohlen kurz vor dem Abendbrot haben sich giftige Gase entwickelt, welche die drei Männer nicht beachtet haben. Im Eifer des Spiels wurden wohl frische Kohlen aufgeschüttet und die Entwicklung der Gase muß eine so plötzliche und starke gewesen sein, daß es den drei Spielern nicht mehr möglich war, zum Fenster zu eilen und das-selbe zu öffnen. Sie sind durch die Gase betäubt worden und zu Boden gesunken. Trotdem diese Unteruchung den Tod durch Gas-vergiftung ziemlich klarstellt, wird doch noch auf Wunsch der Ärzte der bekannte Gerichtschemiker Dr. Paul Jersich die Unter-suchung der Exkremente vornehmen und erst dann kann ein abschließendes Urteil gefällt werden. — Dieser Fall erinnert lebhaft an die räthelhafte Vergiftungsaffäre, die eben-falls Wochen hindurch die Bevölkerung der Reichshauptstadt in Auf-regung versetzte. Vor etwa zwei Jahren feierte im Juli ein junges Brautpaar in einem bekannten Restaurant Schönebergs seine Hochzeit und begab sich dann nach seiner in der Nähe gelegenen Woh-nung. Tags darauf wurde das Ehepaar tot im Bette liegend aufgefunden. Auch damals wurde anfänglich polizeilichereits und auch seitens der hinzugezogenen Gerichtsärzte gemutmaßt, daß eine Vergiftung durch Nahrungsmittel beim Hochzeitmahl vorliegen müsse. Erst viel später konnte mit Sicherheit nachgewiesen werden, daß die Gasröhren in dem Schlafzimmer unrichtig gewesen und das Paar durch Einatmen giftiger Gase den Tod gefunden hatte.

Wegen Mißhandlung seiner 15-jährigen Tochter mit nach-folgendem Tode ist kürzlich der Weichensteller Sahl, am Südufer lohnhaft, in Haft genommen worden. Die 15jährige Tochter wurde kürzlich tot im Bette vorgefunden, nachdem sie vom Vater vorher mit einem Nothstocher gezeichnet worden war. Nach der Obduktion der Leiche ist das Mädchen infolge von Verbrühung und Mißhand-lung gestorben. Sahl gibt die Stockschläge zu. Seine Frau sagt, sie habe das Mädchen nach Rückkehr von einem Ausflug mit ver-brühnten Armen auf dem Flur bettungslos liegend gefunden, den sie habe aufwischen sollen. Wieder zu sich gekommen, habe ihre Tochter erzählt, daß sie sich beim Aufwischen mit heißem Wasser ver-brüht habe. Die Obduktion hat nun gezeigt, daß nicht nur die Unterarme, sondern auch die Oberarme bis zu den Schultern ver-brüht waren. Die Hände dagegen weisen nur wenige und geringe Wunden auf. Nach dem Befund ist vorläufig nicht anzunehmen, daß das Mädchen durch einen eigenen Unfall allein zu den Verbrühungen gekommen ist. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben u. a., daß das Kind in der Schule oft ab-gespannt war. Es erklärte das dann damit, daß es schon um 3 Uhr aufstehen müsse, um in der Hauswirtschaft zu arbeiten. Die Mutter müsse bei der großen Kinderzahl mitverdienen. Sie nähe viel und könne sich deshalb um die Wirtschaft wenig kümmern. Das Mädchen klagte in der Schule auch wiederholt, daß es zu Hause nicht genug zu essen bekomme. Ein anderes Kind aus der Familie ist vor einiger Zeit schon von der Fürsorgebehörde des Polizeipräsidiums anderswo untergebracht worden. Nach der ganzen Lage der Dinge wurde der Vater des verstorbenen Mädchens, der auch bei der Obduktion zugegen war, einstweilen in Haft behalten und nach der Obduktion in das Untersuchungsgefängnis übergeführt.

Ein größerer Kellerbrand beschäftigte die Berliner Feuerwehr in der Schwerinstraße 14, wo Möbel u. a. in einer Wohnung und Hausrat auf einem Korridor brannten. — Zwei weitere Wohnungs-brände mußten in der Köllner Straße 21 und Dragonerstraße 48 gelöscht werden.

Kleine Nachrichten. Durch einen Sturz vom Balkon tödlich verunglückt ist gestern abend der 43 Jahre alte Renteneinpänger Max Nieger, der für sich allein im 4. Stock des Hauses Allerstr. 18—19 zu Neutölln ein möbliertes Zimmer bewohnte. Der Mann litt an Krampf- und Ohnmachtsanfällen. Wohl um frische Luft zu schöpfen, trat er aus seinem Zimmer auf den Balkon hinaus. Hier erlitt er plötzlich wieder einen Anfall und fiel über das niedrige Gitter auf die Straße hinab. Der Verunglückte war so schwer verletzt, daß er schon auf dem Wege nach der Infirmität in der Steingasse starb. — Unter einem Bretterjaun und einem Kohlenstapel begraben wurde gestern abend der 18 Jahre alte Schüler Kurt Schaudienst in der Schierle-strasse zu Neutölln. Auf dem Grundstück 34 befindet sich die Kohlen-handlung von Lindner. Dicht am Strahlenjaun lagerte ein Stapel Prekohlens. Als nun der Knabe an dem Grundstück vorbeikam, brach der Bretterjaun plötzlich zusammen. Die Trümmer und die nachströmenden Kohlen trafen ihn und verletzten ihn so schwer, daß er kaum mit dem Leben davon kommen wird. — Beim Spielen überfahren und schwer verletzt wurde gestern nachmittag ein un-bekannter Knabe vor dem Hause Vauquener Str. 2. Der Verunglückte, der etwa 6 Jahre alt ist, wurde nach dem Krankenhaus am Urdan gebracht. Er hat kurz geschnittenes schwarzes Haar und trug einen blauen Sweater, eine schwarze Hose, schwarze Schuhe und Strümpfe. — Liebesgram hat den 61 Jahre alten Weber Paul Große aus der Rüdersdorfer Str. 6 in den Tod getrieben. — Einen empfindlichen Verlust erlitt gestern ein Industrieller aus Charlottenburg. Auf dem Wege von der Friedrichstraße und Unter den Linden bis zu einer Weinhandlung in der Französischen Straße kam ihm eine schwarze lederne Brieftasche abhanden, die 10 000 M. in Papiergeld, Wistentarten und Schriftstücke enthielt. Ob sie ihm gestohlen worden ist, oder ob er sie verloren hat, kann er nicht sagen. Auf die Wiederbeschaffung hat er eine Belohnung von

2000 M. ausgelegt. — Auf dem Wege zur Schule überfahren und getötet wurde gestern der 9 Jahre alte Sohn Alexander des Schlächtermeisters Weder aus der Marzgrabenstr. 9. Der Knabe wollte auf dem Wege nach der Elisabeth-Schule in der Kochstraße den Damm der Friedrichstraße überqueren und geriet hierbei unter einen Omnibus der Linie Hallesches Tor-Chausseestraße. Ein Pferd zertrat ihm den Kopf und ein Rad ging ihm über den Körper. Der Unfalltod war sofort tot.

Aus den Gemeinden.

Der Teltower Landrat gegen die Getreideverfütterer.

Im Teltower Kreisblatt veröffentlicht der Landrat in einer Erklärung, in der er eingangs darauf aufmerksam macht, daß Brotgetreide weder verfüttert noch verschrotet werden darf. Er sagt dann weiter:

Trotzdem sind Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift festgestellt worden. Deshalb habe ich mich veranlaßt gesehen, in mehreren Fällen den Beteiligten das Recht der Selbstversorgung mit Brotgetreide und Mehl auf Grund des § 58 der Bekanntmachung des Bundesrates über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahre 1915 (M.-G.-Bl. S. 363) zu entziehen.

In gleicher Weise würde auch in Zukunft verfahren werden müssen, wenn weitere Verstöße gegen die Vorschriften über das Verbot des Verfütterns von Brotgetreide festgestellt werden sollten. Ich erwarte aber von dem Pflichtgefühl aller Beteiligten, daß nunmehr die Verfütterung von Brotgetreide völlig unterbleibt. Sollte ich mich in dieser Erwartung täuschen, so würde allen Selbstversorgern der Gemeinde, in welcher die Verfütterung von Brotgetreide wiederholt festgestellt werden sollte, das Recht der Selbstversorgung dauernd entzogen werden müssen.

Spandauer Stadtverordnetenversammlung.

Die letzte ungewöhnlich lange Dauer Sitzung wurde zum großen Teil ausgefüllt durch die Beratung der Vorlage über Bewilligung von 100 000 M. zum Bau einer hölzernen Kotbrücke unterhalb der Charlottenbrücke, der wegen Mangel an Arbeitskräften durch ein Pionierbataillon ausgeführt werden soll. In der Debatte wurde erwähnt, daß die Verkehrsverhältnisse über die alte haufällige Charlottenbrücke schon lange unhaltbar gewesen seien. Die jetzt notwendige Brücke müsse gebaut werden, da deren Errichtung bei dem nicht zu vermeidenden Neubau der Charlottenbrücke nicht zu umgehen sei. Da sich Spandau aber strikte weigere, ohne staatlichen Zuschuß an einen Neubau der Charlottenbrücke heranzugehen, so kommt es durch den Bau der Kotbrücke in eine gewisse Zwangslage, weil nach dem Bau derselben die Wasserbauverwaltung eventuell den Verkehr auf der alten Charlottenbrücke sperren und unter Umständen auch wegen Behinderung der Schifffahrt den Abbruch derselben verlangen könne. Oberbürgermeister Koelke betonte, daß Spandau aus Verkehrsrücksichten unzugänglich an den Bau der Brücke herangehen müsse. Ohne bestimmte Zusage eines staatlichen Zuschusses zum Neubau der Charlottenbrücke werde Spandau freiwillig die alte Charlottenbrücke nicht abtragen. Redner beschworte dann noch den Neubau der Berliner Brücke und die Höherlegung der alten Leichter Eisenbahnbrücke, weiterhin noch den schon in früheren Jahren geplanten Bau einer Brücke an der Oberhavel zur Verbindung Saarninkels mit Spandau. Die Versammlung stimmt im Prinzip der Vorlage zu, verlangt aber vor dem Bau der Kotbrücke vertragliche Zusicherungen von der Wasserbauverwaltung, daß die alte Charlottenbrücke bis zum Neubau derselben stehen bleiben und benutzt werden kann.

Auf einen Vorschlag des Königl. Wasserbauamtes Oranienburg, betreffend Uebernahme der Berliner Torbrücke gegen eine einmalige Zahlung von 388 000 M. wurde beschlossen, in Unterhandlungen mit dem Wasserbauamt einzutreten.

Bei der Beratung des Elektrizitätsetats, der einen Ueberanschlag von 335 000 M. für 1916 vorreicht, wurde die günstige Finanzlage Spandaus betont und die Herabsetzung der Kilowattstunde von 38 auf 35 Pf. beantragt. Wegen dieses Antrag sprach sich Stadtv. Kotte im Auftrage der Kommunalen Vereinigung sehr entschieden aus, da die Verbilligung des elektrischen Lichtes nur einem kleinen Teil der Einwohner zugute komme. Genosse Piel befürwortete die Verbilligung des elektrischen Lichtes, das bei der herrschenden Petroleummot mehr und mehr das Licht des kleinen Mannes werde. Mit großer Mehrheit wurde die Ermäßigung der Kilowattstunde von 38 auf 35 Pf. beschlossen.

Lebensmittelverkauf in Mariendorf.

Die Gemeinde verkauft jetzt täglich von 8—9 Uhr vormittags im Rathause Kaffeebohnen, Kaffeebohnen für 5 Pf. pro Pfund und Kartoffeln zum Preise von 40 Pf. für 10 Pfund. Mittwochs und Sonnabends von 9—12 und von 5—7 Uhr gelangen im Rathause und Kaffeebohnen zum Verkauf:

Gelagerter Speck Pfund 1,90 M., geräucherter Speck Pfund 2,20 M., gelagerter Rindfleisch 2 Pfund 2,50 M. und Schweinefleischkonserven für 1,50 pro Dose. In den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften ferner: Heringe Stück 16 Pf., frische Eier 17, Kaffee 16 und Petroleum Liter 30 Pf.

Kindermittel, die bis zu 36 M. Steuern zahlen, erhalten gegen Reichskarten, die im Rathause, Zimmer 17, zu haben sind, Reis zum Preise von 45 Pf. pro Pfund. Auch Bohnen und grüne Erbsen gelangen zum Verkauf.

Soziales.

Ueberstunden müssen ohne weiteres bezahlt werden.

So entschied mit Recht die erste Kammer des Kaufmannsgerichts in einem gegen die Aktiengesellschaft für elektrische Apparate gerichteten Prozeß.

Die Klägerin war als Korrespondentin im beklagten Betriebe tätig und arbeitete fast täglich mit Ueberstunden. Auch die übrigen Kontoristinnen mußten, wie Klägerin ausführte, so lange nacharbeiten, weil immer soviele zu erledigende dringende Arbeit vorhanden war. Fräulein W. verlangt für die etwa 150 Ueberstunden eine Entschädigung von 75 M. Demgegenüber betont die beklagte Gesellschaft, daß Klägerin aus freien Stücken länger gearbeitet habe und nicht mit Wissen der Direktion. Sie sei auch an den Ueberstunden selber schuld; hätte sie schneller gearbeitet, dann wäre sie ohne Ueberstunden ausgekommen.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die Beklagte dem Antrage entsprechend zur Zahlung von 75 M. Ueberstunden müssen ohne weiteres gezahlt werden. Der Verhänger der Klagen, Klägerin habe wegen ihrer Langsamkeit die Ueberstunden verschuldet, widerspricht die Tatsache, daß auch das andere Personal länger gearbeitet habe. Das Verlangen müsse also für den einzelnen zu groß gewesen sein. Hätte Klägerin die laufende Arbeit liegen lassen und nicht aufgearbeitet, so wäre es der Beklagten sicherlich auch nicht recht gewesen.

Rentenansprüche aus der Angestelltenversicherung.

Die Möglichkeit, sich selbst oder seinen Angehörigen vorzeitig einen Anspruch auf Rente aus der Angestelltenversicherung zu sichern, wird durch die von uns mitgeteilte Bundesratsverordnung vom 9. Dezember 1915 weiten Kreisen der versicherten Angestellten gegeben. Bekanntlich ist bei der Angestelltenversicherung bis zur Geltendmachung des Anspruches auf Rente eine Wartezeit zu erfüllen. Diese beträgt für Männer im Falle von Berufsunfähigkeit bei Männern 120, bei Frauen 60 Monate, für Altersrenten bei allen Versicherten 120 Monate, und für die Hinterbliebenenrenten während der Uebergangsjahre 60 Monate. Da das Gesetz erst seit Januar 1913 in Kraft ist, würde vor dem

Jahre 1918 bzw. 1923 keine Möglichkeit auf Rentenzahlung vorhanden sein. Das Gesetz bestimmt jedoch, daß auf Antrag Versicherten, die sich in günstigem Gesundheitszustand befinden, gestattet werden kann, durch eine einmalige Einzahlung (Prämienreserve) die Wartezeit abzukürzen. Der gesetzliche Termin für die Zulässigkeit dieses Antrages lief am 31. Dezember 1915 ab. Er war für Kriegsteilnehmer bereits mit der Bundesratsverordnung vom 26. August 1915 bis nach Kriegsschluß herausgehoben worden. Durch die Bundesratsverordnung vom 9. Dezember 1915 ist die gleiche Vergünstigung auch für Nichtkriegsteilnehmer eingetreten, so daß nunmehr für die versicherten Angestellten die Möglichkeit besteht, den Antrag auf Abkürzung der Wartezeit zu stellen. Die Anträge sind zu richten an das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 193/195, und es ist ihnen beizufügen: 1. die Versicherungskarte, 2. ein amtlicher Geburtsnachweis, dessen Ausstellung nach § 338 gebühren- und stempelfrei erfolgt, 3. eine Bescheinigung über den für die Antragsteller in Frage kommenden Jahresarbeitsverdienst.

Erforderlich ist weiter das Gutachten eines Vertrauensarztes, der auf Anfrage von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte benannt wird.

Die Versicherten, die den Antrag stellen wollen, können sich näher beraten lassen in den verschiedenen Ortsausschüssen der Vertrauensmänner. Die zuständigen Adressen sind für Berlin: Kottbuserstr. 4 I, Zimmer 5 (Sprechstunde: Dienstags, Donnerstags, Sonnabends 1—3 Uhr); für Schöneberg: Rollendorferstr. 29/30, Sprechstunde: Dienstags und Donnerstags von 1—2 Uhr).

Gerichtszeitung.

Lederhutmuggel.

Zu einer groben Pflichtwidrigkeit hat sich der Hilfsgefangenenaufseher Adolf Mulack hergegeben, der gestern in Gemeinschaft mit einem ehemaligen Strafgefangenen Robert Dhybisbarski unter der Anklage der Bestechung und Hehleri bezw. Bestechung und Diebstahl im straffähigenden Rückfalle vor der I. Strafkammer des Landgerichts III stand.

Mulack, von Profession ein Schuhmacher, war als Hilfsgefangenenaufseher für Wägen ange stellt und als solcher vereidigt worden. Dhybisbarski arbeitete in einer von einer Stuttgarter Firma gepachteten Parade, in welcher viel Leder verarbeitet wurde. Er trat mit dem Aufseher Mulack in ein ganz unzulässiges, vertrauliches Verhältnis und bewog ihn, ihm Zigaretten zu zustellen, wogegen er ihm kleinere Mengen guten Leders, die er gelegentlich Schuhmacher gut verwerten konnte, aus den Baracken herausmuggelte und als Zeichen seiner Dankbarkeit übergab. Daß dieser Lauscherhandel nicht nur in einem Falle, sondern wiederholt stattgefunden hat, bewies ein Kaffee, den D. einem Wittegefangenen zur Weiterbeförderung an Mulack übergeben hatte, der aber von dem Mitgefangenen an den Inspektor abgeliefert worden war. — Das Gericht verurteilte beide Angeklagte zu je sechs Monaten Gefängnis.

Aus aller Welt.

Zimmer noch verdorbene Lebensmittel.

In der Zeitschrift „Feld und Wald“ erschien kürzlich nachstehende Anzeige:

Offiziere als Fühner- und Hundefutter
Kaffee Rippenspeck in Dosen von etwa 20 Pfund
(etwas zu stark eingekocht) zu 50 Pf. Brutto
für Netto.

Frei Wienholt,
Zeitwaren-Großhandlung, Dortmund.

So sorgt man dafür, daß wenigstens die Hunde zu einem kräftigen Futter gelangen. Ob es sich in diesem Falle wirklich um ein Versehen beim Einkochen handelt, oder ob das Fleisch nicht wie in anderen Fällen durch Langes Aufbewahren in der Dose auf höhere Preise verdorben ist, kann ja nur schwer nachgeprüft werden. Best steht jedoch, daß ein großes Quantum menschlicher Nahrung seiner Bestimmung entzogen ist.

Schweres Grubenunglück. Auf der Zeche „Freier Vogel“ und „Unberhofft“ in Schörs bei Hörde, Bergrevier Dortmund I, hat Freitag früh in einem Ueberbau im Flöz Rinefrau eine Schlagweiterung infolge starker Windung stattgefunden. Die Ursache der Entzündung ist wahrscheinlich das Erglühen des Drahtkorbes einer Wetterlampe. Ein Kohlenhauer ist getötet, zwei Leute sind schwer, fünf mittelschwer und ein Steiger leicht verbrannt.

Brand im kanadischen Parlamentsgebäude. Nach Meldung des Reuterschen Bureaus entstand Donnerstagabend im Lesesaal des Parlaments in Ottawa ein Brand. Die Abgeordneten retteten sich unter Schwierigkeiten. Der Feuerwehr ist es gelungen, das Feuer zu bewältigen. Der Schaden wird auf fünf Millionen Dollar geschätzt.

Wie die „Times“ aus Ottawa meldet, befürchtet man, daß beim Brande des kanadischen Parlamentsgebäudes Menschenleben verloren gegangen sind. Es fand gerade eine Sitzung statt, als das Feuer ausbrach. Der Ackerbauminister erlitt schwere Brandwunden; der Premierminister mußte ohne Hut und Mantel flüchten.

Verbotener Verkehr mit Kriegsgefangenen. Wie der „Post“ berichtet wird, verurteilte das Erster Schöffengericht einen Lehrling und ein dierzehnjähriges Mädchen aus Erfurt, die den brieflichen Verkehr einer in Erfurt wohnenden Pariserin mit einem kriegsgefangenen Franzosen vermittelt hatten, zu einem Verweise. — Schärer wurde eine Frau angesehen, die einem bei der städtischen Müllabfuhr beschäftigten kriegsgefangenen Russen ein Stück Brot gegeben hatte. Sie wurde zu 40 M. Geldstrafe verurteilt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Nimmlich mild und vielfach heiter, aber veränderlich. Am Besten Stellenweise etwas Regen.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 446 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Reitendes Feldjägerkorps.
Infanterie usw.: Garde: Garde-Grenadier-Regiment Franke-Garde-Jäger-Bataillon (s. auch Reitendes Feldjägerkorps); Garde-Reserve-Jäger-Bataillon; Garde-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 1 (s. Garde-Jäger-Batt.). Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Pionier-Regimenter Nr. 3, 5, 7, 8, 9, 11, 12, 15, 16, 17, 31, 33, 36, 37, 42, 43, 45, 47 (s. Inf.-Regt. Nr. 131), 49, 50, 51, 53, 54, 66, 67, 70, 72, 78, 80, 82, 86, 87, 88, 90, 91, 92, 97, 99, 112, 113, 116, 120, 131, 132, 136, 138, 142, 148, 151 bis einschl. 154, 157, 158, 159, 161, 162, 165 bis einschl. 171, 172 (s. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 99), 174, 175, 176, 184, Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 3, 5, 7, 8, 11, 12, 15, 16, 17, 25, 32, 36, 37, 46, 48, 51, 67, 68, 74, 80, 81, 82, 84, 87, 90 bis einschl. 94, 116, 118, 202, 203, 204, 208 bis einschl. 211, 213 bis einschl. 218, 220, 221, 223, 224, 227, 229 bis einschl. 233, 236, 237, 240, 249 bis einschl. 260, 262, 264, 265, 268, Reserve-Ersatz-Infanterie-Regt. Nr. 4, Landw.-Infanterie-Regimenter Nr. 4 bis einschl. 8, 15, 17, 18 (s. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 84), 31, 37, 46, 47, 49, 51, 66, 72, 78, 83, 84, 85 (s. Inf.-Regt. Nr. 116), 99, 109, 116, Jäger-Bataillone Nr. 4, 8, 11 (s. Inf.-Jäger-Batt. Nr. 11), 14; Inf.-Bataillone Nr. 2 und 11, Feld-Maschinengewehr-Jug Nr. 329 (s. Inf.-Regt. Nr. 99).

Kavallerie: Kürassiere Nr. 3 (s. Jäger-Regt. z. Pferde Nr. 13); Dragoner Nr. 20 und 21; Husaren Nr. 1, 3, 10, 13; Inf.-Husaren Nr. 7; Ulanen Nr. 2 (s. Jäger-Regt. z. Pf. Nr. 13), 8, 14; Reserve-Ulanen Nr. 5; Jäger-Regiment z. Pferde Nr. 2 und 13.
Feldartillerie: 3. Garde-Regiment, Regimenter Nr. 1, 4, 6, 7, 9, 14, 15, 20, 21, 22, 24, 27 (s. auch Feldart.-Abt. Nr. 102), 31, 33, 35, 37 (s. Feldart.-Regt. Nr. 35), 39, 40, 46, 47, 50, 51 (s. auch Feldart.-Regt. Nr. 225), 54, 67, 71, 73, 74, 76, 82, 90, 94, 99, 107, 217, 221, 225, 241, 243; Reserve-Regimenter Nr. 14, 16, 17, 19, 20, 21, 29, 30, 33, 36, 45, 49, 50, 51, 56, 60, 61, 69, 280; Ersatz-Regiment Joffen; Landwehr-Regimenter Nr. 3, 4, 8, 15, Feldartillerie-Abteilungen Nr. 87, 102, 204, 231; 1. Landw.-Batterie des 14. Armeekorps.

Fußartillerie: 1. Garde-Regiment; 1. Garde-Landwehr-Batt. Regimenter Nr. 1, 4, 5, 7, 8, 9, 11, 13, 16, 17, 20; Reserve-Regimenter Nr. 6, 9, 11, 13, 14, 15; Landwehr-Bataillon Nr. 18, Fußartillerie-Batterien Nr. 112, 221, 245, 328, 334, 341, 343, 383, 418b, 434, 464, Artillerie-Regtrupp Nr. 15.

Pioniere: Regimenter Nr. 23, 24, 25, 29, 30, 31, 35, 36; Bataillone Nr. 5, 11, Nr. 5, 11, Nr. 10, I. und II. Nr. 21, I. und II. Nr. 26, I. Nr. 27; Ersatz-Bataillone der Pionier-Bataillone Nr. 21 und 27, Pionier-Kompagnien Nr. 100, 104, 233, 250, 268, 304, 306; Reserve-Kompagnien Nr. 43, 44, 45, 48, 50, 52, 55, 76, 78, 87; 1. Landwehr-Kompagnie des 2. Armeekorps, Leichter Scheinwerfer-Jug Nr. 213, Minenwerfer-Bataillon Nr. 2; Minenwerfer-Kompagnien Nr. 10, 20, 28, 38, 54, 192, 216, 233; Schwere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 3, 72, 75, Landsturm-Pionierpart-Kompagnie Nr. 8.

Freiwillige Krankenpflege.

Die sächsische Verlustliste Nr. 251 meldet Verluste der Infanterie-Regimenter Nr. 104, 106, 133, 139, 179, 181, 183, 192, 245; Inf.-Regimenter Nr. 102, 103, 107, 243, 245; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 103, 104; Landsturm-Inf.-Bataillone: Reichen (XII. 4); Birna (XII. 5); Arberg (XII. 6); Bittau (XII. 7); Großenhain (XII. 8); Jüßna (XII. 9); Würzen (XIX. 9); Chemnitz (XIX. 10), (XIX. 12); Schneeberg (XIX. 17); Inf.-Ersatz-Bataillon Leipzig (XIX. 6); Reserve-Jäger-Bataillon Nr. 12.

Die württembergische Verlustliste Nr. 341 veröffentlicht Verluste des Inf.-Regt. Nr. 119; Inf.-Regt. Nr. 120; Infanterie- und Inf.-Regt. Nr. 121; Pionier-, Reserve- und Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 122; Grenadier-Regt. Nr. 123; Inf.- und Landw.-Inf.-Regt. Nr. 126; Inf.-Regt. Nr. 180; Reserve-Inf.-Regt. Nr. 248; Landsturm-Inf.-Bataillon Horb; Landwehr-Feldartillerie-Regt. Nr. 2; Reserve-Feldart.-Regt. Nr. 29; Ballon-Abwehr-Kanonen-Jug Nr. 98; 2. Feld-Pionier-Komp.; 4. Landw.-Pionier-Komp.; Minenwerfer-Kompagnien Nr. 27 und 307. Freiwillige Krankenpflege. Verluste durch Krankheiten. Weitere Verluste. Berichtigung früherer Verlustlisten.

Parteiveranstaltungen.

Wilmersdorf. Montag, den 7. Februar, abends 9 Uhr, Mitglieder-versammlung im kleinen Saal des „Viktorgartens“, Wilhelmstraße 114/15.

Jugendveranstaltungen.

Neukölln. Sonntag, den 6. Februar, abends 7 Uhr (Saalöffnung 6 Uhr), veranstaltet die Arbeiterjugend Neukölln in den Ballage-Hallen, Bergstr. 151, einen Balladenabend. Mitwirkende: Herr Emil Günhorn (Erläuterungen über die Besonderheiten der Balladenliteratur), Frau, Bally Ruffel (Musikation), Herr Anton Siermanns (Gesang), Herr Alexander Dietrich (Hörspielbegleitung). Das Programm verläuft einen genauen Abend. Nachher gefälliges Beisammensein. Eintrittskarten a 20 Pf. sind in den Jugendheimen (Zulassung 55/56 und Rogatstr. 15) sowie am Sonntag in den Ballage-Hallen zu haben. Garbode 10 Pf.

Baumhulenweg. Heute abend 8 Uhr Zusammenkunft im Jugendheim. Sonntag, den 6. Februar, Volkshelabend im Lokal von Erde, Baumhulenstraße, Ecke Ernststraße.

Briefkasten der Redaktion.

C. R. 1. Wenn die Möglichkeit in der Krankenkasse durch Weiterzahlung von Beiträgen aufrechterhalten werden soll, besteht Anspruch auf Krankengeld. — Agnes. Sie sind verpflichtet, die Miete bis April zu zahlen. Sie können allerdings bis dahin die Wohnung benutzen und brauchen den Schlüssel nicht abzugeben. — R. G. 88. Sie haben nicht angegeben, wieviel die Frau vom Arbeitgeber des Mannes bezieht. Zur Zahlung der vollen Unterhaltung kann die Frau nicht verpflichtet werden. Eine eventuelle Beschwerde wäre beim Magistrat einzureichen. — Rat 100. Sie erhalten keine Invalidenrente, sondern auf Grund der von Ihnen und Ihrem Ehemann geleisteten Rente ein Witwengeld; für das Kind wird eine Waisenrente gezahlt. Außerdem werden Sie, wenn das Einkommen Ihres Ehemannes 1500 M. betrug, auf den schon eingereichten Antrag eine Zulage erhalten. Ihre Weiterversicherung ist zu empfehlen, damit Sie auf Grund dieser eventuell später Invalidenrente für sich beitragen können. Gnadengeduldige erhalten Sie nicht, da die Kriegswitwenrente höher ist als die Gnadengeduldigen. Einer Bescheinigung über die eingereichten Versicherungsarten bedürfen Sie nicht. —

Allgemein-Vorsch. R. Schellenberger, Café u. Resta. Neukölln, Bergstraße 21/22.	Erscheint wöchentlich einmal	Bezugsquellen-Verzeichnis :: Berlin-Süden ::	Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen
Bäcker- u. Konditoreien	Fleisch- u. Wurstwaren	Kaffee-Versand	Kolonialwaren, Delikat.
Bäckerei Nordstern Inh. Gust. Müller Pillnise im Süden, Gutes u. Umgebungs-Neukölln	H. Kunert Prinzessstr. 11 H. Fleisch- u. Wurstwaren	Gerold KAFFEE	A. Lehmann Britz, Chausseest. 73
M. Klack Wissmannstraße 46, Neukölln	Heinr. Malzker Herrmannstr. 225	Bei gemeinsamem Bezug Preisermäßigung Berlin, Lützowstr. 99 Verlang. Sie Preisliste	Linoleum, Wachstuche
P. Radloff Nikolln, Allerstr. 37 Ackerkassengasse, Kesseler	Paul Müller , Friesenstr. 22.		H. Schönwald , Kolln- Kasseler- Jamm 7.
Sattfedern	G. Hegler Karlsgarten 16 Z. Fleisch- u. Aufsch.		Weine, Fruchtsäfte, Likör.
Berta Pfeffer Wiener Str. 17	Michlthalg, Kolonialwaren		E. & M. Leydicke Mantuffelstr. 56
Fahrräder, Nähmaschinen H. Scheller & Co., Berlinstr. 63 Spez. Fahrrad, Reibschüssel billig	Job. Pleisch, Gneisenaustr. 97		W. Kärnbach Gründer 19/20 Tel. Nuyll. 10043
Seiten	A. Schlemitz, Mariannenstr. 14		
Greffinius Mariendorf Chausseest. 279.			

Die beste Reklame ist ein Inserat im Bezugsquellen-Verzeichnis

Eingegangene Druckschriften.

Der Gottsopfer und andere Erzählungen aus großer Zeit von D. Verhulst. 106 S. M. Berlin, Wien, 1. Technik für Alle. Technische Monatshefte, Heft 6/9. Viertelj. 1,25 M. Brandt, Stuttgart.

Die Kriegsschauplätze auf der Balkanhalbinsel und im Orient. Ueberblickskarte. R. A. Brodhans, Leipzig. Flemmings Kriegskarte. Nr. 23: Süditalien und die Adria. 1 Bl. - Nr. 20: Griechenland. 1 Bl. C. Flemming, Berlin W. 50. Karl Stieler's Werte. Fünf Teile in einem Bande, herausgegeben von R. Dürmel. Geb. 2,50 M. - Die eiserne Front im Westen. Von S. Hirsch. Kart. 1 M. Hesse u. Peder, Leipzig.

England unser Feind für immer? Von S. Arnolds. 40 S. Verlag Koenig, Tübingen. Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Wasserwerke. 21 S. - Entstehung und Durchführung des zweiten Reichsstaatsvertrages im Wasserwerke. 61 S. Beide Druckschriften herausgegeben vom Verband der Wasser, Kautschuk, Anstreich- und Färbereibetriebe Deutschlands. Selbstverlag in Hamburg, 25.

Ein wertvolles Hausbuch für jede Arbeiterfamilie!

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek



Das Buch ist auf gutem Papier gedruckt, enthält ein zerlegbares Modell, viele Illustrationen und präsentiert sich in einem schmacken Einband.

Behandelt werden folgende Gebiete:

Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Von Dr. Christeller. - Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein. - Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschlaff. - Der Achtstundentag. Von Dr. Zadek. - Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Von Dr. Fröhlich. - Das Schulkind. Von Dr. Silberstein. - Geschlechtsverkehr und Geschlechts-Krankheiten. Von Dr. Gebert. - Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes. - Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. P. Bernstein. - Der Arbeiterschutz. Von Dr. M. Epstein. - Frauenleiden und deren Verhütung. Mit einem Anhang: „Die Verhütung der Schwangerschaft“. Von Dr. J. Zadek. - Vom medizinischen Aberglauben. Von Dr. E. Thesing. - Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter. - Verhütung und Heilung des Stotterns. Von L. Jordan. - Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Markuse. - Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Rewald. - Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. - Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein. - Die Krankenpflege im Hause. Von Johann Ranker-Mannheim. - Die Proletarierkrankheit. Von Dr. J. Zadek.

Buchhandlung Vorwärts Berlin

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek geb. zum Preise von 4,50 M.

Unterzeichneter bestellt:

Name:

Wohnung:

Wir bitten deutlich zu schreiben!

In die Wohnung jedes Arbeiters, jeder Arbeiterin gehört der Vorwärts

Zu allerbilligsten Tagespreisen empfehle in allen meinen Verkaufsstellen

Butter, Eier, Käse Marmeladen und andere Nahrungsmittel in besten Qualitäten.

J. F. Assmann Butter-Großhandlung.

35 Verkaufsstellen in Groß-Berlin.

Buchhandlung Vorwärts Berlin SW., Lindenstr. 3

Die Zarengeißel

Sturmschrei aus hundert Jahren.

Dichtungen von Platen, Chamisso, Beranger, Herwegh, Freiligrath, Keller, ...

Herausgegeben von Dr. Franz Diederich Preis 50 Pf.

Advertisement for 'Bäcker- und Konditoreien' listing various bakeries and their locations.

Advertisement for 'Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten' listing various suppliers and their products.

Advertisement for 'Kaffee-Versand Gerold KAFFEE' listing coffee suppliers.

Advertisement for 'Den Genossen im Felde die Neuerscheinungen' listing political literature.

Die beste Reklame ist ein Inserat im „Bezugsquellen-Verzeichnis“

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

- List of newspaper distribution points and advertising agencies across various districts like Centrum, Wuhlkeim, and others.

Warenhaus Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71

Preiswerte Artikel

Tischzeuge, Handtücher

Tischtücher Jacquard Gr. ca. 130x150 2.95, 3.25, 3.75
 Tischtücher Jacquard, Gr. ca. 130x160 3.75, 4.75
 Tischtücher Größe circa 125x150 140x160 150x200
 mit Durchbruch 2.25, 2.75, 4.95
 Mundtücher Größe ca. 60x90
 1/2 Dutzend 3.50, 4.25, 4.75
 Stubenhandtücher Damast, reinleinen, 1/2 Dtz. 7.50
 Stubenhandtücher Jacquard, 1/2 Dtz. 4.90, 6.00
 Stubenhandtücher Drell, 1/2 Dtz. 4.25, 5.25, 6.00
 Küchenhandtücher Drell, 1/2 Dtz 5.65, 6.50
 Küchenhandtücher Gerstenkorn 1/2 Dutzend 5.00 bis 6.25

Taschentücher

Damen-Batist-Tücher buntkantig in Hobis. St. 18 Pf., 1/2 Dtz. 95 Pf.
 Herren-Batist-Tücher buntkantig 18, 25, 35 Pf.
 Militär-Tücher gebrauchsfertig, bunt und feldgrau, Stück 25 Pf., 4 St. 95 Pf.
 Militär-Tücher extra gross 8 Stück 95 Pf.
 Halbleinene Tücher m. kleinen Webfehlern 1/2 Dtz. 1.95
 Reinleinene Tücher do für Herren u. Damen 1/2 Dtz. 2.25, 2.65
 Stickerei-Tücher Stück 35, 50, 75 Pf.
 Kindertücher mit bunter Kante 1/2 Dutzend 75 Pf., extra gr. 1/2 Dtz. 95 Pf.

Weisswaren

Ecken- u. Tellerkragen z. einheften, reich bestickt oder Hohlsaum . . . 45, 65, 95 Pf., 1.25, 1.95
 Umfall-, Teller- u. Stuarikragen mit Riehell- oder Fillet-Motiven und Spachtel-Zäckchen garniert 95 Pf., 1.25, 1.65, 1.95
 Tüll-Passen mit Säumchen, Teller- oder Bokenkragen mit Spachtel-Motiven und Batist-Stickereien 95 Pf., 1.50, 1.95, 2.75
 Batist- und Tüll-Westen in neuesten Ausführungen 95 Pf., 1.65, 1.95, 4.95
 Pikee-Westen mit Umlege-, Ecken- oder Tellerkragen 95 Pf., 1.25
 Pikee-Westen reich mit Hohlsaum verziert 1.65, 2.25

Schuhwaren

Chev.-Schnürstiefel für Damen, schw. u. farb. 12.50, 11.90
 Boxcalf-Halbschuhe für Damen, braun 12.50, 10.50
 Lackled.-Halbschuhe f. Damen, m. grauem Eins. 12.50, 10.50
 Lackled.-Schnürschuhe f. Damen, mod. Form 13.50, 12.50
 Backf.-Schnürstiefel m. Lackkarpe, Grösse 36-40 12.50, 11.90
 Knab.-Schnürstiefel breite Form, Grösse 36-40 14.50, 11.50

Baumwollwaren

Hemdentuch Meter 80, 98 Pf. 1.10
 Renforcé Meter 85, 98 Pf. 1.10
 Louisiana-tuch Kissenbreite Mtr. 90, 98 Pf. 1.10
 Louisiana-tuch Deckbettbr. Mtr. 1.35, 1.60, 1.70
 Dimiti u. Damast Kissenbreite Mtr. 1.30, 1.45
 Dimiti u. Damast Deckbettbr. Mtr. 2.00, 2.20
 Laken-Daulas Meter 1.95, 2.25
 Züden Meter 75, 85, 98 Pf.
 Fertige Bezüge Linen mit 2 Kissen . . . 7.50, 7.95, 9.50
 Damast-Bezüge mit 2 Kissen . . . 8.95, 10.95
 Laken 2 Mtr. 2.45 2 Mtr. 3.75 2 1/4 Mtr. 4.25
 Körper- u. Pikeebarchent Mtr. 98 Pf. 1.15, 1.35
 Stickerei-Coupon 2 Coup. = 8.20 Mtr. . . . 95 Pf.
 Stickerei-Coupon 1 Coup. = 2.05 Mtr. . . . 78 Pf.
 Stickerei-Coupon 1 Coup. = 3.05, 4.10, 4.50 Mtr. 95 Pf.

Kleiderstoffe

Schleierstoff glatt u. gestickt, doppelt breit Meter 1.95 bis 2.75
 Schleierstoff Punkt- u. Blumenmuster Meter 1.65 bis 2.25
 Musselin-Krepp reine Wolle, Punkt- u. Streifenmuster. Mtr. 1.90 bis 2.50
 Eolienne weiß und schwarz, glatt und gemustert Meter 3.50 bis 5.50
 Stickerei-Volant für Kinderkleider Meter 1.95 bis 2.50

Damen-Konfektion

Voilebluse weiss . 4.95, 3.95, 2.95, 2.45
 Seidenbluse waschbar 8.50, 7.25, 6.50, 5.95
 Zephirbluse waschbar . . . 2.50, 1.75, 95 Pf.
 Satinbluse schwarz, verschiedene Formen . . . 2.95
 Hausblusen verschiedene Formen 2.95
 Kostüm-Röcke weite Form, in verschiedenen Farben 5.25, 4.50
 Paletots lang, kurz, 12.50, 10.75, 8.90, 7.50
 Unterröcke in verschiedenen Stoffarten 1.95
 Schwarze Klot-Unterröcke . . . 4.75, 3.95

Kinder-Konfektion

Barchent- und Waschkittel in guter Ausführung 95 Pf.
 Kleidchen in Diagonal u. Velourstoffen 2.50
 Kleidchen in verschiedenen Stoffen, gute Qualitäten, bis 100 cm lang 5.90
 Kinder-Mäntel in modernen Modarten und reinwollenen Stoffen 6.50
 Knaben-Anzüge in bester Ausführung, Grösse 1-7 6.50
 Knaben-Hosen blau und farbig, in allen Grössen . 1.85

Damen-Wäsche

Damen-Hemden mit reicher Stickerei garniert, od. gestickt, Paase 1.95, 2.45, 2.95
 Knie-Beinkleider für Damen aus gutem Wäschestoff mit breitem Stickerei-Volant 1.95, 2.45, 2.95
 Damen-Nachtjacken in Sommerstoff und Barchent, mit und ohne Säumchengarnierung 1.95, 2.45, 2.95
 Stickerei-Untertaillen Vorderabschluss m. Band durchzug od. Stickereians. 95 Pf.
 Stickerei-Untertaillen mit breitem Ansatz und Rückengarnierung 1.45
 Stickerei-Untertaillen amerikanische Form 1.65
 Stickerei-Untertaillen amerikanische Form und Rückengarnierung 1.95
 Garnituren Hemd und Beinkleid, mit reicher Stickerei, Garnitur 6.35, 6.95

Korsette

Empire-Korsett mit extra starken Einlagen 2.45
 Frack-Korsett mit Halter 3.95
 Frack-Korsett mit und ohne Spiralfeder . . 4.50
 Strumpfhalter aus Gummi, in verschiedenen Farben Paar 65 Pf.

Schürzen

Damen-Blusen-Schürzen hell- und dunkel gestreift 1.95
 Damen-Blusen-Schürzen blauweiss gepunkt 2.45
 Damen-Blusen-Schürzen gepunkt und gestreift 2.95
 Damen-Haus-Schürzen hell- u. dunkel gestreift, mit breiter Blende garniert 2.75, 2.95
 Damen-Tee-Schürzen bunt 95 Pf., 1.45, 1.75
 Damen-Tee-Schürzen weiss, mit reicher Stickerei . . . 2.35, 2.50, 2.95
 Knaben-Schürzen mit grosser Spieltasche 95 Pf.
 Knaben-Schürzen feldgrau, mit 2 Taschen 95 Pf.

Gardinen · Möbelstoffe

Tüll-Gardinen weiss u. creme Mtr. 75, 60, 50 Pf.
 Tüll-Bettdecken einbettig 1.85, 2.50, 3.75
 Tüll-Bettdecken zweibettig 6.75, 8.00, 10.00
 Tüll-Lambrequinstoff m. Volants Mtr 95 Pf. 1.10
 1 Posten Tüll-Decken und Läufer . . . 95 Pf.
 Wachstuch-Decken u. Wandschoner . . 1.35
 Filztuch-Kommoden-Decken rot u. grün 95 Pf.
 Gr. Auswahl in Sofakiss. 2.25, 3.50, 4.75

Sticksachen

Decken u. Läufer m. Spitze, gestickt 1.25
 Waschtischgarnituren 5 teil., vorgezeichnet 95 Pf.
 Decken u. Läufer vorgezeichnet 1.25
 Stubenhandtücher vorgezeichnet 95 Pf.
 Kissen mit Rückwand, vorgezeichnet 95 Pf.

Damen-Übergangs-Hüte

Grader, jugendlicher Hut mit Schriftband 3.95 | Taffet-Schute mit flotter Schleife und Blumentuff 6.95
 Matrosenform mit krauser Krempe und Faltenbando um den Kopf . . . 4.95 | Kleine, schicke Form mit imitierten Paradiesreihern 7.95

Lebensmittel

Stangenspargel stark 1.75	Junge Erbsen fein 55 Pf. 1.00	Feinste Holstein. Zervelatwurst Pfund 2.85
Stangenspargel mittelstark 1.60	Junge Erbsen mittelfein 75 Pf.	Feinste Holsteiner Salamiwurst Pfund 2.85
Stangenspargel 50/60 Stangen 1.35	Spinat 55 Pf.	Feinste Teewurst Pfund 2.90
Bruchspargel extra stark 1.60	Kohlrabi mit Grün 28 Pf. 48 Pf.	Sardinen in Tomaten Dose 48 Pf.
Bruchspargel mittel 1.40	Sellerie in Scheiben 40 Pf. 75 Pf.	Sprotten in Oel Dose 70 Pf.

Gemischte Marmelade Sorte III, Eimer (2 1/2 kg brutto) 2.65

Apfelmarmelade Sorte III Eimer (2 1/2 kg brutto) 2.65